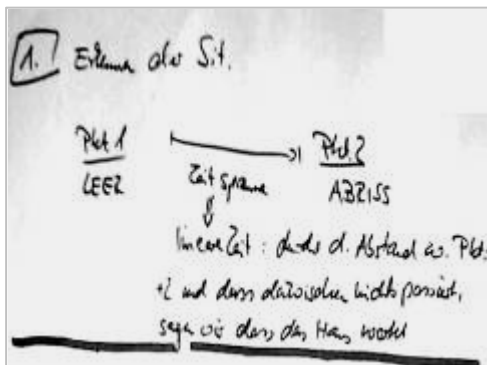


ARBEITSBERICHTE



Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin



Olaf Schnur (Hrsg.)

**The Incredible Shrinking City:
Stadtgeographie im Kontext des demographischen
Wandels**

Seminarergebnisse

Heft 115

Berlin 2006

Humboldt-Universität zu Berlin
Geographisches Institut

Arbeitsberichte

115

Olaf Schnur (Hrsg.)

The Incredible Shrinking City

Stadtgeographie im Kontext
des demographischen Wandels.

*Ergebnisse eines Seminars für das Hauptstudium
im Sommersemester 2004*

*Berlin 2006
ISSN 0947 – 0360*

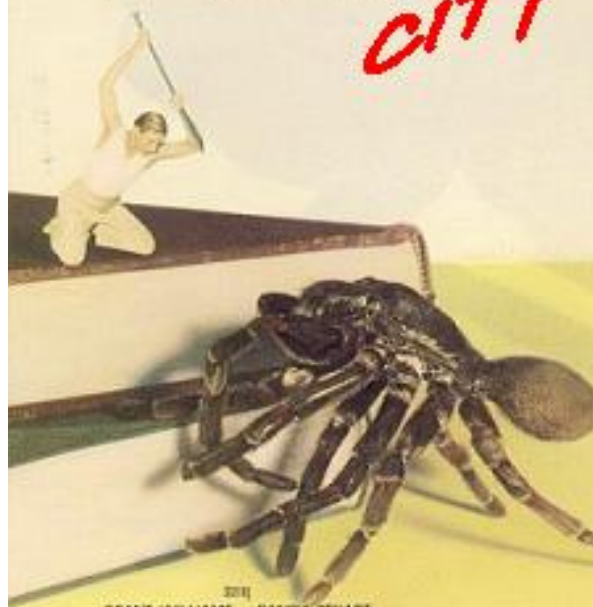
Geographisches Institut
Unter den Linden 6
D – 10099 Berlin
www.geographie.hu-berlin.de



THE INCREDIBLE SHRINKING MAN

A fascinating adventure into the unknown!

CITY



1959
GRANT WILLIAMS - FANDY STUART

with APRIL KENT - PAUL LANGSTON - BRUNO SARTY

Directed by JACK ARNOLD Screenplay by RICHARD MATHESON

Produced by ALBERT ZUCKSMITH - A MCA/AMERICAN INTERNATIONAL PICTURE



© 1959 American-International Company, Inc. Renewed 1987. American City Studios, Inc. All Rights Reserved.

collage: cc

Inhalt

Vorwort	7
Olaf Schnur: Zum demographischen Impact in Wohnquartieren	11
Sarah Oßwald: Städtische Ruinen - Ruin der Städte?	25
Alexander Meyer: Schrumpfung – Verabschieden wir uns vom Wachstumsparadigma?	39
Tina Hilbert und Anja Barth: „Warten auf ...“ - ein Projekt zum Thema „Schrumpfende Städte“ (Konzeption)	47
Falko Theisselmann: Alle Räder stehen still, wenn ein stark€r Arm es will	59
Katja Friebel: Ökologischer Stadtumbau - Recycling eines alten Leitbildes für schrumpfende Städte?	67
Ritske Dankert: Das schrumpfende Paradies der Raumplaner - Was können die Niederländer von Deutschland lernen?	77
Olaf Schnur: Stadtumbau in der Slow Motion Zone - zur Eröffnung der Ausstellung „Warten auf...“	89
Tina Hilbert und Anja Barth: „Warten auf ...“ - ein Projekt zum Thema „Schrumpfende Städte“ (Exponate und Bilder der Ausstellung vom 3. bis 11. Dezember 2004)	97

Vorwort

Die Themen „Alterung“, „Schrumpfung“ und „(sozio)-demographischer Wandel“ haben in Deutschland seit einigen Jahren Hochkonjunktur - von den sozial- und volkswirtschaftlichen Auswirkungen (etwa auf die Sozialversicherungssysteme) bis hin zum Thema „Neue Wohnformen im Alter“. Durch die Enquête-Kommission Demographischer Wandel wurde der Boden für umfangreiche Begleitforschungen bereitet und das Thema stärker im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert. Auch im Stadtentwicklungskontext wird dazu seit einiger Zeit verstärkt geforscht und konferiert.

Dennoch widerspricht z.B. Klaus Selle der These, dass das Thema „in aller Munde“ sei: „Nicht wirklich, würde man im neuen Deutsch sagen. Aktuell schon, brisant auch – aber reden darüber: eher nicht. In Öffentlichkeit und Politik ist das Thema noch nicht angekommen und die Fachwelt scheint sehr lange geschlafen zu haben und erwacht nun umso hektischer“ (Selle 2003: 157). Auch wenn es fast unglaublich klingen mag, muss man sich mit der Gewissheit anfreunden, dass die gängige Assoziation „Stadt“ und „Wachstum“ hierzulande tatsächlich ein Auslaufmodell darstellt. Dabei ist weder klar, wo, wann und in welcher Form der demographische „Impact“ innerhalb der Stadtregionen stattfinden wird, noch gibt es bislang konsensuale Vorstellungen davon, wie man mit den zu erwartenden Dynamiken umgehen will oder kann. Dennoch gibt es zahlreiche Studien zum Thema und Modellprojekte in schrumpfenden Städten, die unter den Begriffen „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ zusammengefasst werden können.

Ein Hauptziel des workshopartigen Hauptstudium-Seminars „The Incredible Shrinking City“, auf das dieser Essay-Band zurückgeht, war es, dieses interdisziplinäre, komplexe Themenfeld zu erschließen, es in der Geographie zu verorten und zu strukturieren. Im Detail ging es dabei um die Raumwirksamkeit des demographischen Wandels, um die Darstellung empirischer Befunde und Prognosen für Deutschland, um die Ost-West-Differenzierung, die Situationsanalyse schrumpfender Städte, um die „Silver People“ (die Wohnungsnachfrager der Zukunft), um das Schlagwort „Stadtumbau“, das Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost und das ExWoST-Programm Stadtumbau West, um Stadtumbaupotenziale, Good Practice-Beispiele von Stadtumbauprojekten in West und Ost (u.a. Berlin-Marzahn) sowie im Ausland, um planerische Steuerungsmöglichkeiten in der Schrumpfung und um neue städtebauliche Leitbilder.

Dabei wurde deutlich, dass die Vielfalt (und die Unübersichtlichkeit) der Herangehensweisen in der Praxis groß und der theoretische Background ausgesprochen klein ist. Das führt zu zwei Effekten: Zum einen entsteht der Wunsch nach einem theoretischen Rahmen für die zu beobachtenden Phänomene sowie für mögliche Leitbilder oder Zukunftsvisionen – ein Problem, das hier nicht ansatzweise gelöst werden, aber ein zukünftiges wichtiges Forschungsfeld darstellen kann. Zum anderen macht das fehlende Fundament auch frei und regt zum eigenen Nachdenken an. Aus dieser Motivation und Faszination heraus ist der vorliegende Band entstanden, der Beiträge unterschiedlichster Art enthält. Die Teilnahme an diesem kleinen Publikationsprojekt war nicht mit einem Leistungsnachweis o.ä. verknüpft, sondern ist allein auf inhaltliches Engagement der Studierenden zurückzuführen. Eines ist den Beiträgen darüber hin-

aus gemeinsam: Sie lösen sich zum Teil bewusst von bisher Geschriebenem und Gelesenem und wollen etwas „Unglaubliches“ neu denken – ohne Rücksicht auf Vollständigkeit und den wissenschaftlich abgesicherten doppelten Boden sowie nicht frei von persönlichen Vorstellungen des Umgangs mit der Schrumpfung und der Zukunft der Städte.

Vielleicht aus den Eindrücken des Seminars heraus (aber unabhängig davon) wurde von engagierten Studierenden außerdem ein Ausstellungsprojekt initiiert, welches sich an der Schnittstelle zwischen Kunst, Geographie und Lokalpolitik bewegte und hier ebenfalls dokumentiert wird. Nach der Erstaussstellung im Dezember 2004 in Marzahn Nord-West konnte das Projekt bei der „Langen Nacht der Wissenschaften 2005“ in Teilen erneut einem größeren Publikum präsentiert werden.

Olaf Schnur

Berlin, im August 2005

Hinweis: Die in die Texte eingestreuten Abbildungen sind Originalfotos oder Montagen der jeweils verzeichneten AutorInnen.

Olaf Schnur

Zum demographischen Impact in Wohnquartieren

„Der Club der wachsenden Gemeinden wird kleiner und kleiner werden“ (Mäding 2003: 5). Während diese pointiert formulierte Entwicklung in Ostdeutschland schon in vollem Gange ist, wird es ab etwa 2015 auch im Westen Deutschlands nur noch sehr wenige wachsende Kommunen geben.

Abbildung 1: Rückbauprojekt „Ahrensfelder Terrassen“ in Berlin-Marzahn (2004)



Der soziodemographische Wandel wird im kommunalen Bereich zunehmend eine „kleinräumige Unübersichtlichkeit“ (Mäding 2003: 4) verur-

sachen. Während aber noch einigermaßen klar prognostiziert werden kann, welche Regionen bis wann wachsen werden, ist dies auf der lokalen Ebene äußerst unsicher (vgl. u.a. Bucher/Schlömer 2003).

Darüber hinaus existieren kaum modellhafte Erkenntnisse darüber, welche Prozesse sich kleinräumig – etwa auf der Wohngebietsebene - während eines demographischen Umbruchs vollziehen. Im deutschsprachigen Bereich gab es nur einige wenige demographisch orientierte Studien zur Quartiersentwicklung, insbesondere auf dem in den 1960er und 1970er Jahren populären Spezialgebiet neu gebauter Großsiedlungen und Neuer Städte (New Towns, vgl. Jost 1962). In seiner klassischen Studie zur Sozialgeographie neuer Großwohngebiete am Beispiel der 50er-Jahre-Stadtrandsiedlung Ulm-Eselsberg analysierte z.B. Schaffer detailliert u.a. die demographische Entwicklung von Stadterweiterungen. Dies fand in einer Zeit statt, als von Verfall und Stigmatisierung großer Neubausiedlungen ebenso wenig die Rede war wie vom „natürlichen“ Überalterungseffekt, der - im Vergleich zu heute - bei deutlich geringerer Lebenserwartung ebenfalls noch nicht zu dramatischen Prognosen Anlass gab. Schaffer griff dabei auf eine Studie von Peisert von 1963 zurück, der modellhaft die Bevölkerungsentwicklung einer „Neuen Stadt“ skizziert und dabei „Bevölkerungswellen“ beschrieben hatte. Peisert nahm an, dass sich diese Wellen nach ca. 60 Jahren auszugleichen beginnen und eine „demographische Metamorphose“ der ‚Neusiedlung‘ zur ‚Altsiedlung‘“ stattfinden (Schaffer 1968: 68). Diese sehr modellhaften Vorstellungen lassen sich sicherlich kaum in der Realität wiederfinden und auch sie gehen implizit von dauerhaftem Stadtwachstum aus.

Der „demographische Impact“

Unter dem Schlagwort „demographischer Impact“ verstehe ich Effekte demographischer Prozesse, die in einem bestimmten räumlichen und

zeitlichen Rahmen auftreten. Wie wird dieser künftig immer häufiger zu erwartende demographische Impact in Wohnquartieren unterschiedlicher altersstruktureller und städtebaulicher Qualität nun tatsächlich aussehen? Die Effekte des Impacts sind ebenso vielfältig wie seine Ursachen, die in einem sich seit einiger Zeit vollziehenden, tiefgreifenden sozialen Wandel zu suchen sind: Zum einen kommt es zu einem in-situ-Wandel durch natürliche Bevölkerungsvorgänge in einem Gebiet als Gesamtheit der Lebensverläufe der dort ansässigen Bewohner: Aus Familien- werden Seniorenhaushalte, Kinder werden geboren, die Haushaltsgrößen verändern sich (auch durch Haushaltszusammenführungen, Trennungen o.ä.). In diesem Zusammenhang kommt es auf Quartiers-ebene aber auch zu Zu- und Abwanderungen (Umzüge, Binnen- und Außenwanderungen), wodurch bei selektiver Mobilität soziodemographische Strukturveränderungen in das Gebiet „injiziert“ werden können. Die Wohnquartiereffekte des demographischen Impacts lassen sich folglich an konkreten Indikatoren ablesen: an der Veränderung der Altersstruktur (ein typischer Effekt eines schrumpfenden Quartiers wäre z.B. die Überalterung), der Haushaltsstruktur (z.B. Zunahme der Einpersonenhaushalte), der sozialen Zusammensetzung (z.B. Zunahme von Rentnern) und der ethnischen Zusammensetzung (z.B. Zunahme von Migrant*innen).

Wohnungsmarktinterdependenz

Dabei ist besonders die Wohnungsmarktinterdependenz des demographischen Impacts relevant. Anders als etwa im interregionalen Bezugsrahmen (der stärker von der interregionalen Ungleichverteilung des Wirtschaftswachstums, damit des Arbeitsplatzangebots und entsprechenden Wanderungsbewegungen abhängt) befinden sich Richtung und Stärke des demographischen Impacts in einem Wohnquartier in einem gegenseitigen Wirkungszusammenhang mit Faktoren der Wohnungs-

nachfrage sowie des Wohnungsangebotes. Qualität, Quantität und räumliche Muster der *Wohnungsnachfrage* werden durch die bestehende Bevölkerungsstruktur im Gebiet und in der Region bestimmt (also etwa durch Indikatoren wie Haushaltsstruktur, Altersstruktur, Einkommensstruktur, die Quell- und Zielgebiete von Wanderungen und Umzügen, ethnische Zusammensetzung, Lebensstile, individuelle Präferenzen und Entscheidungsmuster etc.).

Abbildung 2: Geleert – Briefkastenanlage in Berlin-Marzahn (2004)



Das *Wohnungsangebot* wird durch die Mikro- und Makrolage und städtebauliche Qualität des Wohnquartiers auch im Vergleich zu anderen

Wohnquartieren determiniert (z.B. durch Indikatoren wie Wohnumfeldqualität, Geschichte, Image und Atmosphäre eines Wohnquartiers, Qualität der Bausubstanz, Qualität der Erschließung, Wohnungsgrößen, Wohnungsausstattung und Zielgruppeneignung, Infrastrukturqualität etc.).¹ Daraus lassen sich eine Eignung oder Nichteignung eines Quartiers für bestimmte Ziel- bzw. Nachfragegruppen auf dem Wohnungsmarkt und damit Chancen oder Gefahren ableiten, die mit dem demographischen Impact und bestimmten möglichen Entwicklungspfaden zusammenhängen könnten (z.B. evtl. zu erwartende Leerstände).

Im Zuge des demographischen Wandels verändern sich auch die Zielgruppen der Wohnungsnachfrage. Insbesondere die stark anwachsende Gruppe der Senioren sowie die schrumpfende, aber strategisch immer wichtiger werdende Gruppe der jungen (Familien-)Haushalte und deren heutige und mögliche künftige Wohnpräferenzen werden immer mehr in den Fokus von Politik, Planung und Wohnungswirtschaft geraten.² Passen Nachfragepräferenzen und Angebotsstrukturen nicht mehr zusammen (z.B. wenn Bewohner eines Altbauquartiers den Familienzyklus durchlaufen), nimmt die Wohnzufriedenheit ab und die Umzugsneigung zu, was bei einem Überangebot an Wohnungen in einer schrumpfenden

¹ In der Wohnungsmarktabhängigkeit spiegelt sich eine allgemeine Maßstabsabhängigkeit des demographischen Impacts wider: Neben der globalen (Folgen der Ungleichgewichte internationaler Wanderungsbewegungen und unterschiedlicher natürlicher Bevölkerungsdynamik) und nationalen Ebene (Folgen der Ungleichgewichte in der Binnenwanderungen und interregional differierender natürlicher Bevölkerungsdynamik z.B. für Volkswirtschaften) spielen im Wohngebietsmaßstab vor allem die regionale (z.B. für Stadtregionen oder Peripherien), lokale (z.B. für einzelne Stadtteile oder Wohnquartiere) und objektbezogene Ebene (z.B. Einfamilienhäuser, Mietwohnungen) eine Rolle, die sich wiederum durch das Vorherrschen unterschiedlicher Wanderungsprozesse und natürlichen Bevölkerungsprozessen unterscheiden.

² In diesem Zusammenhang gibt es kaum fundierte Vorstellungen davon, wie die Senioren der Zukunft leben werden/wollen. Vieles spricht dafür, dass das Altsein der Zukunft sich vom heutigen Seniorenendesein unterscheiden wird, aber wie, darüber wird – wie im folgenden überspitzten Zitat - in der Regel nur spekuliert: „Vielleicht findet man die Alten der Zukunft eher an der Whiskymeile von Sylt: Braungebrannte senile Spieljungen mit Baseballkappen und immer noch engen Hosen fahren mit Oldtimern oder Harleys vor, die aussehen wie XXL-Modelle von Matchbox. An ihrer Seite sitzen Frauen, bei denen dank der plastischen Chirurgie keiner mehr so genau erkennen kann, ob sie zwanzig, vierzig oder siebzig sind. Und auf hundert Meilen gibt es kein einziges Kind, das den Zauber brechen könnte, indem es lachend auf die Silberpappeln zuläuft und „Opa! Oma!“ ruft. Vor diesem Horror kann uns nur die Altersarmut bewahren.“ (Heine, M. in: FAS 23.11.03, S. 61).

Stadt noch verstärkt werden kann. Während die Nachfrage allgemein relativ dynamisch ist, erweisen sich die Angebotsfaktoren als eher statisch (z.B. Wohnungsgrößen, Haustypen, Infrastruktur etc.). Die Angebotsbedingungen ändern sich nur dann plötzlich, wenn es zu größeren Investitionen etwa in Neubau, Umbau oder auch zum Abriss kommt. Auch die Einbettung in die lokalpolitische Ebene spielt also eine große Rolle. Es drängen sich sofort Fragen auf wie: Inwieweit planen Kommunen bereits hinsichtlich des zu erwartenden Strukturbruchs? Werden „demographische Szenarien“ in der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung bereits mitgedacht (oder nicht)?

Wirkungsgefüge des demographischen Impacts im Wohnquartier

Diese Faktoren hängen in komplexer Weise zusammen. Zieht man nur die wichtigsten der soziodemographischen Determinanten und Effekte heran und bezieht sie explizit auf den konkreten sozialräumlichen Zusammenhang des Wohnquartiers, so kommt man zu einem in der folgenden Grafik skizzierten, vereinfachten Wirkungsgefüge des demographischen Impacts (Abbildung 3).

Anpassungskapazität von Wohnquartieren

In hohem Maße wird die künftige Entwicklung von Wohnquartieren bzw. die „Qualität“ des dort zu erwartenden demographischen Impacts auch von deren qualitativer Anpassungsfähigkeit an künftige Markterfordernisse (also je nach Quartierstyp an eine wachsende oder schrumpfende Nachfrage sowie qualitative Nachfrageveränderungen) abhängen. Diese Anpassungskapazität ist zum einen vom verfügbaren investiven privaten oder öffentlichen Kapital abhängig, zum anderen aber auch davon, wie schwer (oder: teuer) es – je nach Quartierstyp -

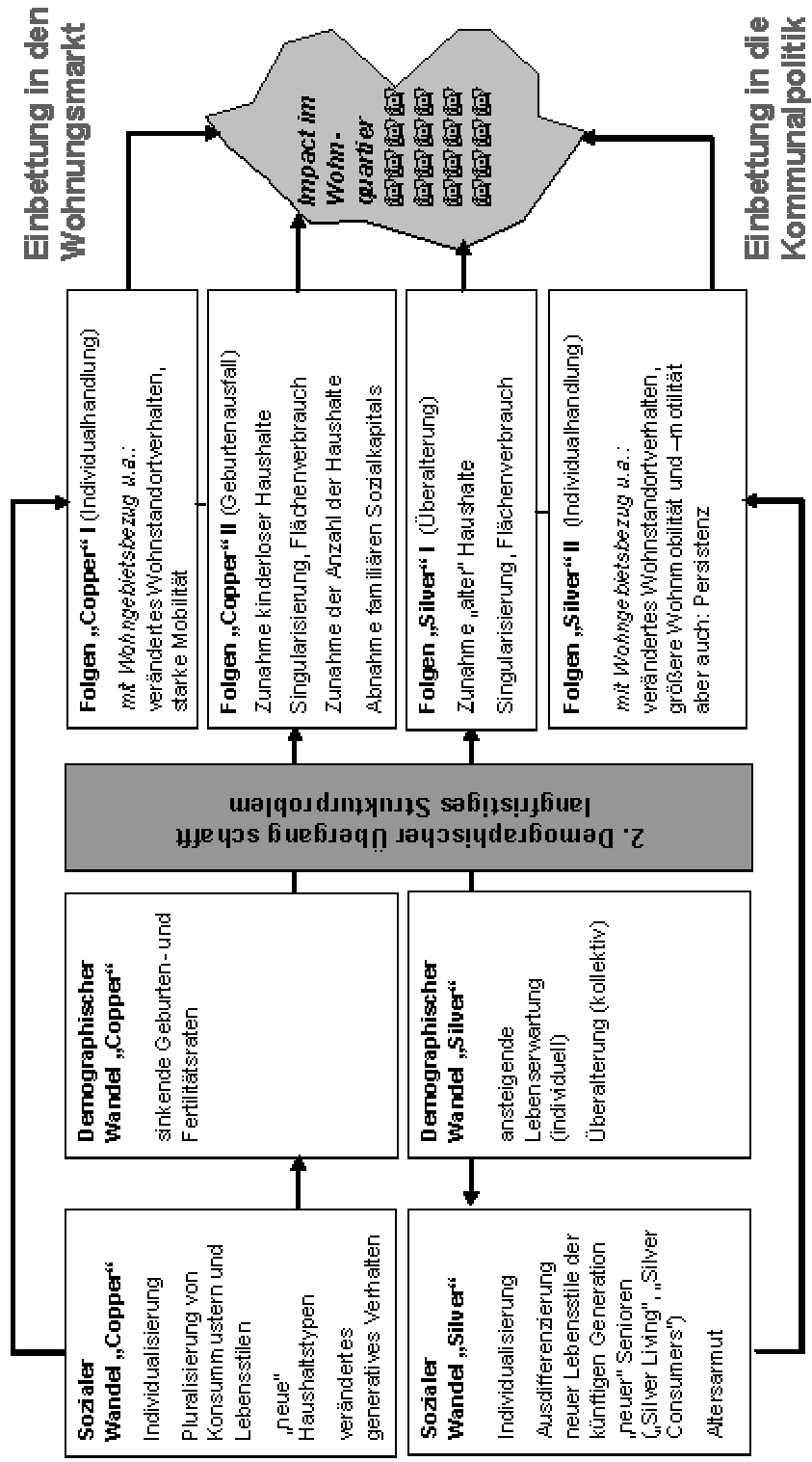
aufgrund der heutigen Strukturen ist, auf künftige Entwicklungslinien flexibel zu reagieren.³

Der (sozio-)demographische Wandel kann letztlich ein Wohnungsmarktproblem mit sich bringen, das sich auch als eine Regulierungsaufgabe der Kommunen entpuppen wird. Die Annahme, dass die Selbstregulierungskräfte dauerhaft schrumpfender Wohnungsmärkte bisweilen den kommunalpolitischen und -planerischen Zielvorstellungen widersprechen dürften, erscheint als plausibel. Die Sicherung einer adäquaten Wohnqualität könnte so zu einer der wichtigsten und schwierigsten kommunalen Herausforderungen in schrumpfenden Städten avancieren, wie man schon heute in manchen ostdeutschen Städten beobachten kann (vgl. Kommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel 2000). Gleichzeitig sollte die planungspolitische Bewertung der Alterung in einem Quartier nicht hysterisiert werden: Das gängige Szenario beschreibt, dass Alterung im Sinne einer demographischen Segregation (als Zustand oder als Ergebnis eines Wandlungsprozesses) eine Abwertung in dem Sinne bewirken wird, dass Wohngebiete mit mangelnder Nachfrage, zunehmenden Leerständen und infrastrukturellen Ungleichgewichten (= Standortnachteilen) zu kämpfen haben können.

Mit anderen Worten: Wohngebiete können durch Alterung ein Vermarktungsproblem bekommen, welches sehr bald auch die Lebenswelt verbliebener Haushalte bestimmen könnte. Die Ursachen hierfür könnten sein: Stigmatisierung eines Gebiets als „Alten-Quartier“, Verfall der wenig attraktiven Bausubstanz (z.B. 1970er-Jahre-Bungalows), zu hohe Mieten für zu große Wohnflächen, Lagekriterien (z.B. Eigenheimsiedlung im suburbanen Raum).

³ Noch grundlegender ist die Frage, ob und wie man „demographisch erfolgreich gewandelte“ Quartiere planen oder planerisch befördern kann. Mit anderen Worten: Funktioniert „Stadtumbau nach Plan“ oder sind hier vielleicht neue zivilgesellschaftlich orientierte Wege der Quartiersentwicklung einzuschlagen?

Abbildung 3:
Wirkungsgefüge des demographischen Impacts in Wohnquartieren
 „Copper“ = jüngere Haushalte (Nachfrager/Zielgruppen)
 „Silver“ = ältere Haushalte (Nachfrager/Zielgruppen)



Entwurf und Grafik: OS (2004)

Es könnte einen „demographischen Tipping Point“ geben, der dann zur raschen Entleerung und Entwertung eines Quartiers führen könnte. Alterung kann aber ohne weiteres auch zu einer sozioökonomischen Aufwertung eines Quartiers führen. Dies kann man wiederum als einen kollektiven biographischen Prozess verstehen, der nach dem Ende des Berufslebens durch auskömmliche Renten, Wohneigentum und große verfügbare Flächen sowie umfangreiche Mobilitätsmöglichkeiten bestimmt wird. Es stellt sich jedoch auch bei diesem Szenario die Frage, was nach dem Ableben der wohlhabenden Rentnergeneration geschehen wird.

Hypothesen

Zum Abschluss dieser Betrachtungen will ich im Folgenden einige Hypothesen skizzieren, die verdeutlichen sollen, welche Gesetzmäßigkeiten bei einer im Schrumpfungskontext gedachten Wohnquartiersentwicklung zu erwarten und welche Steuerungsmaßnahmen eventuell adäquat sein könnten:

Homogenitätshypothese

Je demographisch homogener ein Quartier, desto größer der demographische Impact. Je größer heute die Heterogenität des Quartiers hinsichtlich demographischer Merkmale, desto flexibler wird es sich an die Erfordernisse veränderter Demographie anpassen lassen (selbst anpassen). Je homogener die Altersstruktur eines Quartiers bereits heute ist, desto drastischer wird der demographische Impact ausfallen, der dazu führen könnte, dass innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne in der Zukunft eine große Zahl ähnlicher Wohneinheiten von einem lokalen Markt resorbiert werden müsste. Je wahrscheinlicher dies geschieht, desto teurer werden die notwendigen Gegensteuerungsmaßnahmen ausfallen. Allerdings, so könnte man vermuten, werden auch bei stark

polarisierten (asymmetrischen) Altersstrukturen Entwicklungsprobleme auftreten.

Monostrukturhypothese

Je städtebaulich monostrukturierter ein Quartier, desto größer der demographische Impact. Hier ist zu diskutieren, inwieweit es einen Zusammenhang zwischen Altersstruktur und Gebietstyp geben könnte (Lage, Bauform, Baualter, Wohnungsgrößen). Wahrscheinlich sind hier unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten. Während bei „klassischen“ Großsiedlungen oder Einfamilienhausgebieten eventuell dramatischere Auswirkungen zu vermuten sind, könnten bei – städtebaulich ebenfalls recht homogenen – Gründerzeitquartieren die demographischen Effekte vergleichsweise gering ausfallen. Baulich monostrukturierte Wohnquartiere mit unflexiblem Wohnungsbestand sind möglicher Weise in Zukunft schwieriger an neue Nachfrageerfordernisse anzupassen als vielfältigere, gewachsenere Quartiere. Die Frage ist zu klären, inwieweit eine bestimmte städtebauliche Qualität bereits eine demographische Homo- oder Heterogenisierung mit impliziert.

Identitätshypothese

Je ungesteuerter und heftiger sich der Wandel vollzieht, desto mehr wird die Identität eines Quartiers darunter leiden. Wenn Quartiersidentitäten und Sozialkapital verloren gehen, nimmt auch die Ortsbindung der Bewohner ab, was wiederum eine Kette von destabilisierenden Prozessen auslösen kann. Sollte dies zutreffen, wäre eine derartige Entwicklung seitens der Kommunalplanung dringend zu vermeiden.

Stigmatisierungshypothese

Je ungesteuerter eine Schrumpfung verläuft, desto eher werden Stigmatisierungstendenzen auftreten. Schrumpfung bedeutet Leerstand von Wohnungen. Der Schrumpfungsprozess beginnt mit vereinzelt leerstehenden Objekten. Häufen sich die Leerstände, wird ein schleichender Stigmatisierungsprozess in Gang gesetzt, wie wir ihn unter anderen Bedingungen bereits heute kennen. Der Umgang der Kommunen/Investoren mit beginnenden demographischen Leerungsprozessen wird über die Zukunft des gesamten Wohngebiets entscheiden (Stichwort „Stadtumbau“). Kommunen, die zum Zeitpunkt der ersten Leerstände konzeptionslos sind und keine Perspektive aufzeigen können, werden es schwer haben, den „Wüstungsprozess“ oder ein einsetzendes „Downgrading“ umzukehren.

Infrastrukturhypothese

Je mehr die Alterung und Schrumpfung voranschreitet, desto wichtiger werden demographisch relevante Infrastrukturen als Wohnstandortfaktor. Infrastrukturausstattung (und damit die Verfügbarkeit von Kapital bei Privathaushalten oder Kommunen) bestimmt die Zukunft von Wohnquartieren. Junge Familien werden trotz der verfügbaren großen Wohnflächen nicht unbedingt dazu bereit sein, z.B. in „alternde“ Einfamilienhausgebiete zu ziehen, da sie befürchten werden, dass das Wohnumfeld wenig kinderfreundlich ist. Des Weiteren werden sie vielleicht feststellen, dass die Infrastrukturen nicht für Familien geeignet oder unzeitgemäß sind. D.h. die zunächst unrentable kommunale Vorleistung von Infrastrukturen für bestimmte Gruppen wird mit darüber entscheiden, ob homogen alternde Gebiete eine Verjüngung oder Durchmischung erfahren können. Das heißt auch, dass Wohnquartiere in wohlhabenden, investitionsbereiten Kommunen bessere Entwick-

lungschancen haben könnten.⁴ Zwischen der wohnquartiersnahen Ausstattung mit und dem Bedarf an sozialer Infrastruktur wird sich eine Schere öffnen. Dem können die Kommunen Rechnung tragen, indem sie entweder Infrastruktur für bestimmte Gruppen bündeln und/oder abbauen. Rational wäre es, Infrastrukturen zu bündeln, qualitativ aufzuwerten und räumlich zu konzentrieren (nach dem Motto: konzentrierte Qualität statt dezentrierte Quantität). Gäbe es eine Bildung von „Infrastrukturzentren“, würden „demographische Gruppen“ versuchen, ihre Wege zu „ihrer“ Infrastruktur zu minimieren, d.h. es ist eine sich verstärkende demographische Segregation anzunehmen („Familienklaven“, „Seniorenklaven“...). Es ist fraglich, ob nicht in Zukunft der vergleichsweise nüchterne „Infrastrukturfaktor“ sogar den heute als besonders wichtig erachteten „Lebensstilfaktor“ (Umfeldqualität, Viertelstruktur, Lage, Bautypus) ablösen wird. Auch diese Entwicklung hängt von der Verfügbarkeit von Kapital bei den Kommunen (Investoren) ab. Die neue demographische Segregation könnte gleichzeitig neue (erwünschte oder unerwünschte) Heterogenitäten (Desegregation) in anderer Hinsicht hervorbringen (z.B. hinsichtlich des Einkommens). Der zu erwartende Nachfragermarkt kann damit auch als Suburbanisierungsbremse wirken. Lage und Umfeld der Wohngebiete werden immer wichtiger: Zentrale Lagen werden von Senioren wie von Familien (eigentlich) bevorzugt. Schrumpfende Städte können hier gestalterisch eingreifen und ein qualitativ neues innerstädtisches Wohnungsangebot schaffen (Rückbau, Umbau, Neubau). Die Suburbanisierung könnte sich erstmals zu Gunsten einer zentrenorientierten Entwicklung deutlich abschwächen.

⁴ Da reiche Gemeinden oft überalterte Gemeinden mit gleichzeitig hohen Bodenpreisen sind, kann sich die Anwerbung junger Familienhaushalte jedoch trotz allem als problematisch herausstellen.

Es wäre wünschenswert, solche und ähnliche Szenarien im Rahmen zukünftiger wissenschaftlicher Arbeiten zu prüfen und zu präzisieren. Dies erscheint umso notwendiger, da wir uns in einem Themenfeld bewegen, das aufgrund der aufgeregten öffentlichen Diskussion und der neu geschaffenen Förderkulisse (Stadtumbau-Programme, Modellprojekte...) einen stark fallbezogenen, umsetzungsbetonten, aber wenig systematischen Charakter aufweist. Insbesondere die stadt- und sozialgeographische Forschung kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Literatur:

Bucher, H. und C. Schlömer (2003): Der demographische Wandel und seine Wohnungsmarktrelevanz. vhw Forum Wohneigentum Nr. 3: 121-125.

Jost, P. (1962): Die Demographie der Neuen Stadt im Spiegel der Planung. Raumforschung und Raumordnung Nr. 3: 151-159.

Kommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel [Hrsg.] (2000): Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission (im Auftrag des BMVBW). Berlin.

Mäding, H. (2003): Schrumpfung als Herausforderung an eine künftige Stadtpolitik. infobrief stadt 2030 Nr. 10: 4-10.

Peisert, H. (1963): Die Bevölkerungsentwicklung in Neuen Städten. In: Bundesministerium für Wohnungswesen Städtebau und Raumordnung [Hrsg.]: Die Planung einer Neuen Stadt entwickelt am Beispiel Heitlingen. Bonn: o.A.

Schaffer, F. (1968): Untersuchungen zur sozialgeographischen Situation und regionalen Mobilität in neuen Großwohngebieten am Beispiel Ulm-Eselsberg (= Münchner Geographische Hefte, H. 32). Kallmünz, Regensburg.

Selle, K. (2003): Was ich nicht weiß. - oder: vom Umgang mit der 'Stadtentwicklung rückwärts'. vhw Forum Wohneigentum Nr. 3: 157-158.

Sarah Oßwald

Städtische Ruinen - Ruin der Städte?

„Zwischen dem Nochnicht und dem Nichtmehr liegt ein Positives des Geistes, dessen Weg jetzt zwar nicht mehr seine Höhe zeigt, aber von dem Reichtum seiner Höhe gesättigt, zu seiner Heimat [die Natur] herabsteigt.“⁵“



Das Schrumpfen der Städte zeigt sich im Stadtbild durch den Leerstand von Wohnungen, Häusern oder ganzen Straßenzügen. Dauert der Zustand des Leerstands an, zerfallen die Bauwerke und erscheinen geradezu als Ruinen. Ruinen im Stadtbild werden mit Niedergang, Katastrophen oder mit Verwahrlosung assoziiert. Die Ruine an sich wird häufig lediglich als das wahrgenommen, was sie einmal war, die Architektur, auf die sie zurückweist. Das Bauwerk, das dort unversehrt stand, möch-

⁵ Simmel, G. (1919): Die Ruine. In: ders., Philosophische Kultur, Berlin 1983

te der Betrachter meist wiedererstehen oder die Ruine verschwinden lassen. Als nicht störend im Stadtbild werden dagegen inszenierte Ruinen wie die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin oder das Heidelberger Schloss betrachtet. Beide Ruinen werden als „Deutschlands schönste Ruinen“ bezeichnet. Aus dieser Benennung geht hervor, dass eine Ruine auch ansehnlich sein kann, obwohl sie zugleich ein Zeugnis des Kriegs oder des Untergangs einer Epoche ist. Burgruinen erfreuen sich daher fast ebenso großer Beliebtheit wie intakte Schlösser. Der unvollständige und bruchstückhafte Charakter der Ruine hat also seinen Reiz. Er eröffnet der Phantasie Gestaltungsräume. Während das Fragmentarische Schlössern, Kirchen oder Burgen eine anziehende geradezu mystische Aura verleiht, lässt es Wohnhäuser in der Stadt tendenziell abstoßend und angsteinflößend erscheinen. Quantitativ ist letztere Art von verfallenen Bauwerken sehr viel häufiger vertreten und wird sich in Zukunft immer weiter ausbreiten.

Abriss scheint die einzige Möglichkeit sich der negativen demographischen Entwicklung anzupassen und damit dem Überfluss an Wohngebäuden entgegen zu wirken. Eine offensive Inszenierung und Besspielung der leer stehenden – gründerzeitlichen – Gebäude und damit ein Imagewandel könnte allerdings für einige Gemeinden eine – eventuell auch nur vorläufige – Alternative zur Abrissbirne sein. Wäre es nicht eine ebenso ungewohnte wie pragmatische Strategie, leer stehende Bauwerke als Ruinen zu inszenieren, um damit dem Ruin schrumpfender Städte entgegenzuwirken?

Betrachtet man die Wertung der Ruinen im Laufe der Jahrhunderte, so zeigten sich Parallelen zum gegenwärtigen – ambivalenten – Umgang mit den leer stehenden Gebäuden.

Während in der Spätantike Plinius die Ehrfurcht vor den Ruinen Roms forderte, wurden sie im Mittelalter ignoriert oder ihr Baumaterial für den Bau neuer Gebäude recycelt, was zur weiteren Zerstörung führte. Im barocken Rom – nicht zuletzt durch den Stadtarchitekten Gian Lorenzo Bernini – wurde die Koexistenz der mächtigen antiken Ruinen und einer kleinteiligen Wohnhausstruktur akzeptiert. Die Faszination an der „zer-

brochenen Ganzheit“⁶ und der einstigen Größe Roms bot Gelegenheit über die Vergänglichkeit aller Dinge nachzudenken.

Die barocke Ruine stand für Nostalgie und Utopie zugleich. Sie war Ausdruck einer diffusen Stimmung. Die Ruinen der Antike wurden schließlich zum Inbegriff der Renaissance und zu einem beliebten Gemäldemotiv. Eine neue Bildgattung, das Ruinenbild, entstand aus der Faszination an den Zeugnissen einer längst vergangenen Zeit.⁷ Im 18. Jahrhundert wurde die Begeisterung an den Überresten auf die Spitze getrieben, indem in Parkanlagen künstliche Ruinen errichtet wurden, die im Betrachter das Gefühl der Melancholie auslösen sollten. Auch im Park von Sanssouci in Potsdam wurden künstliche Ruinen angelegt.

Die Moderne brachte den Typ „Kriegsruine“ in vorher unbekanntem Ausmaß hervor. Einige Gebäude, insbesondere Wohngebäude, wurden sehr bald nach ihrer Beschädigung wieder aufgebaut. Andere, z.B. das Stadtschloss in Berlin, wurden gesprengt. Die Alte Oper in Frankfurt am Main und die Frauenkirche in Dresden verweilten Jahrzehnte lang als Ruine, bis sie restauriert wurden. Der bereits erwähnte „hohle Zahn“ in der Berliner City-West ist weder aufgebaut noch dem Erdboden gleich gemacht worden: Er ist mittlerweile das bekannteste Mahnmal des Krieges in deutschen Städten.

Die Postmoderne geht gleich mit zwei Phänomenen einher, die zur Freisetzung von Bauwerken führt: Die Deindustrialisierung und der Rückgang der Bevölkerung v.a. in ehemaligen Industriezentren.

Im Mekka der Industrialisierung, dem Ruhrgebiet, gelang teilweise eine Umnutzung von Industrieruinen zu Industriedenkmalern. Die Inszenierung des Gasometers in Oberhausen und sein Funktionswandel von einem Gasbehälter in eine Ausstellungshalle zieht jährlich zwei Millionen Besucher an. Auch Umnutzungen von ehemaligen Fabrikgebäuden zu Dienstleistungskomplexen sind vielerorts erfolgreich. Die umgenutzten

⁶ Braun, M. (2002): Hörreste, Sehreste. Das literarische Fragment bei Büchner, Kafka, Benn und Celan. Köln/ Weimar/ Wien

⁷ Vöckler, K. (2004): Ruinenkulturen. In: Oswald, P. (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Ostfildern-Ruit

Bauwerke leben vor allem vom Charme bzw. der derzeitigen Konjunktur der Industriearchitektur. Dennoch eignen sich nicht alle Fabrikgebäude zur Umnutzung, sei es wegen ihrer auf eine Fabrikfunktion ausgerichteten Architektur, sei es aufgrund ihrer Lage oder des Images ihres potentiellen neuen Nutzers.

Die Einwohnereinbußen vieler Städte zeigen sich meistens nur langsam, da die Anzahl der Haushalte und die Wohnfläche pro Person deutlich gestiegen sind. Auch sind die Städte sehr unterschiedlich vom Leerstand betroffen. Besonders stark wird das Schrumpfen in – monofunktionalen – Industriestädten sichtbar.

Da in England die Industrialisierung sowie die Deindustrialisierung eher einsetzen, mussten sich englische Städte, allen voran Manchester, bereits Jahre früher als deutsche mit den Folgen des Niedergangs der Industrieanlagen auseinandersetzen.



Schrumpfungprozesse sind hierzulande regional sehr unterschiedlich stark vertreten und lange tabuisiert worden. Ostdeutsche Städte und

Gemeinden sind quantitativ wie auch qualitativ sehr viel stärker von Entleerungs- und Verödungstendenzen betroffen, doch auch in altindustriellen westdeutschen Städten, wie zum Beispiel Bremen, nimmt der Leerstand an Wohnungen zu. Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ macht deutlich, dass Schrumpfungstendenzen auch im Westen nicht mehr verleugnet werden können. Am stärksten werden die Auswirkungen des Rückgangs der Bevölkerung in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten sichtbar. Lediglich die großen Landgemeinden weisen in den Neuen Bundesländern positive Bevölkerungsentwicklungen auf.

Mehrere Gründe sind für den Einwohnerverlust ostdeutscher Städte zu nennen: Zum einen verließen etwa eine Million Menschen in den letzten fünfzehn Jahren das Gebiet der ehemaligen DDR Richtung Westen. Der Zusammenbruch der Ökonomie in den Neuen Bundesländern hatte diese selektive Abwanderung der vorwiegend jungen Bevölkerung zur Folge und verbreitete ein Unsicherheitsgefühl. Beide Effekte stehen wiederum im engen Zusammenhang mit dem dramatischen Rückgang der Geburtenzahlen in den 1990er Jahren. Des Weiteren zogen zahlreiche Stadtbewohner im selben Zeitraum in den suburbanen Raum. Gefördert wurde die überdimensionierte Wohnbautätigkeit durch zu optimistische Prognosen sowie durch massive steuerliche Sonderabschreibungen für – westdeutsche – Spitzenverdiener und durch die langwierige Rückübertragung zahlreicher Immobilien an ihre Alteigentümer. Etwa 800.000 Neubauwohnungen wurden seit 1990 auf dem Gebiet der Neuen Bundesländer errichtet. Zurück blieben untergenutzte Infrastruktureinrichtungen und ungenutzte Wohngebäude andernorts. Allerdings sind die unbewohnten und vernachlässigten gründerzeitlichen Bauten zum Teil auch eine Hinterlassenschaft der DDR-Baupolitik: Etwa 400.000 Gebäude aus der Vorkriegszeit standen bereits 1990 leer, da man sich in der DDR auf den Neubau beschränkte. Das „kapitalistische Erbe“ der Vorkriegszeit war verpönt und die Renovierung zu teuer.

Heute ist eine Instandsetzung ebenfalls zu kostspielig – und vor allem gibt es keinen Bedarf mehr. Etwa ein Drittel der gründerzeitlichen Ge-

bäude in den Neuen Bundesländern ist unbewohnt. Teilweise stehen die hundertjährigen Gebäude geradezu in ihrem Originalzustand da: Sie besitzen noch immer die ersten Fenster, den ersten Anstrich und verfügen zum Teil weder über Bad noch Heizung. Allerdings ist der Zahn der Zeit nicht spurlos an ihnen vorüber gegangen: Die gründerzeitlichen Gebäude, in vielen Städten von Gentrifiern geschätzt, zerfallen vielerorts zunehmend. Die Fenster sind zum Teil zugemauert oder durch Metall- oder Holzplatten verschantzt. Der Putz ist grau, das Dach löchrig und die Regenrinne tropft.



Insgesamt stehen in den Neuen Bundesländern etwa 1,3 Millionen Wohnungen leer, das entspricht 17% des Gesamtbestandes, Tendenz steigend. Nur noch die Hälfte des gesamten Leerstands wird auf dem Markt angeboten. Das Wachsen der Städte, als immerwährende Maxime, scheint überholt zu sein.

Abriß, oder milder ausgedrückt Rückbau, ist zweifellos unumgänglich, sei es zur Herstellung eines Marktgleichgewichts, sei es aufgrund von

Sicherheit und Optik bzw. zur Steigerung des Wohlbefindens und zur Befriedung der Einwohner. Auch im Baugesetzbuch sind die Weichen zum Abriss gestellt. Erstmals ist eine wachsende Stadt nicht mehr die Ausgangssituation allen Planens.

Damit es allerdings zum Abriss kommt, muss dieser gefördert werden – wer wäre sonst bereit sein Eigentum zu zerstören? Die Gelder kommen zu gleichen Teilen von Bund, den ostdeutschen Ländern und der jeweiligen Kommune. Die Summe deckt allerdings lediglich die physischen Abrisskosten. Da aus einem nicht mehr bestehenden Haus keine Mieteinnahmen mehr zu erzielen sind, ist ein Rückbau für den Eigentümer nur insofern rentabel, dass er keine laufenden Kosten mehr hat. Oder insofern er mehrere Wohnungen besitzt, deren Marktwert durch den Abriss anderer Wohnflächen wieder steigt und die damit teurer vermietet werden können.

Eine schrumpfende Stadt ist für Kommunen und ihre Bewohner immer eine teure Stadt. Durch die niedrigere Frequentierung der verschiedenen Infrastruktureinrichtungen steigen die Preise, was meist auf die Besucher bzw. Nutzer umgelegt wird. Und die Kommunen haben weniger Steuereinnahmen und müssen dazu den Abriss fördern.

Aber bringen denn schrumpfende Städte gar nichts Positives? Neben geringeren Mietpreisen können Grün- und Freiflächen zu einer Stärkung der Stadt als Wohn- und Lebensraum führen. Allerdings kommen die Bewohner durch die Nutzung des Überhangs an Fläche leider zu selten in den Genuss des „Luxus der Leere“⁸. Dieser verweilt – geschützt vor Eindringlingen – bis zu seiner Vermietung oder seinem Abriss meist Jahre lang ohne Nutzung. Physikalische Prozesse machen derweil ein „unansehnliches“ Gebilde aus dem einst nützlichen Gebäude. Da der Abriss dem Leerstand gar nicht hinterherkommt, wird man sich an dieses Bild gewöhnen müssen. Warum also nicht mit der Ruinenhaftigkeit der Gebäude spielen? Bei adäquater Inszenierung hat Leerstand das Potential als faszinierende und reizvolle Ruine rezipiert zu werden.

⁸ Kil, W. (2004): Luxus der Leere, Wuppertal

Georg Simmel erklärt, dass allein die Ruine – im Gegensatz zu anderen Fragmenten zerstörter Kunstwerke – eine ästhetische Einheit und kein „um bestimmte Teile vermindertes Kunstwerk“⁹ bildet. Nicht das was noch an künstlerischer Formung vorhanden ist wirke nach. Vielmehr seien in das Verschwundene und Zerstörte des Kunstwerks andere Kräfte und Formen nachgewachsen – nämlich die der Natur. Aus den Überresten werde ein „neues Ganzes, eine charakteristische Einheit“¹⁰.

Eine Inszenierung des ruinenhaften Äußeren durch eine Bespielung der leer stehenden Gebäuden könnte für – verschuldete – Kommunen einen Imagewechsel bringen. Gründerzeitlicher Leerstand ist sicherlich leichter zu bespielen als Neubauten, da Altbauten meistens kleinteiliger und architektonisch reizvoller wirken sowie meist zentraler liegen¹¹. Lichtinstallationen und -projektionen, Kunstobjekte am Bau sowie geringfügige Instandsetzungen, um einzelne Gebäude eventuell auch begehbar zu machen, könnten die Instrumente der Bespielung sein. Die ungenutzten Bauten werden zu Kunstobjekten und so zu Hinguckern. Aber auch eine komplette Begrünung der Außenwände der ungenutzten Gebäude, so dass nur noch deren geometrische Formen erscheinen, könnte eine – nicht zuletzt kostengünstigere – Alternative zum Abriss sein. Statt einer zweidimensionalen Brache, die ebenfalls zu begrünen ist, würde eine „Ganzkörper“-Begrünung der Gebäude dazu beitragen, dass der Straßenzug seinen Charakter behält und dreidimensional bleibt. Außerdem wäre ein späteres „Auftauen“ der Gebäude möglich, falls sich die Wohnpräferenzen der Bewohner der Städte in den nächsten Jahren zugunsten der Altbauten ändern sollten.

Den Eigentümern sollte dieser Umgang ebenfalls entgegen kommen, schließlich bleibt ihr Eigentum auf eine Art und Weise erhalten.

Besonders für Kleinstädte wie Wittenberge an der Elbe, das stark vom Leerstand betroffen ist und über eine kleinteilige gründerzeitige Bebau-

⁹ Simmel, G. (1919): Die Ruine. In: ders., Philosophische Kultur, Berlin 1983

¹⁰ ebd.

¹¹ Eine Auseinandersetzung mit den industriell gefertigten Gebäuden am Stadtrand soll an dieser Stelle nicht geführt werden.

ung verfügt und sich im Bereich Tourismus etablieren möchte, wäre ein Spiel und offensiver Umgang mit seinen „ruinierten“ Jugendstil-Gebäuden eine Alternative zum Abriss.

Bleiben wir beim Beispiel Wittenberge. Vor dem Hintergrund, dass ein Potential schrumpfender Städte ihre Unterscheidung zu anderen Städten sein könnte¹², wäre die Bekennung Wittenberges zu einer Ruinenstadt eine Chance. Immerhin betrug 2001 die Wohnungsleerstandsquote in der Innenstadt bereits 44,4%, in Teilbereichen lag sie sogar deutlich höher. Mit dem Abriss der Häuser im Packhofviertel schlug Wittenberge allerdings bereits eine andere Richtung ein: Ein Filmteam wird dort aufgrund der skurrilen Kulisse sobald keinen Film mehr drehen. Die Bebauung und der Zustand der Packhofstraße erinnerte den Regisseur der Axel-Springer-Verfilmung „Der Verleger“, Bernd Böhlich, an Hamburg nach 1945. Dies veranlasste ihn in Wittenberge zu drehen. Zweifellos ist die Ähnlichkeit mit einer vom Krieg gezeichneten Stadt nicht sehr schmeichelhaft, dennoch macht dies Wittenberge von anderen Städten unterscheidbar und zieht Interessierte an.

Auf dem Areal des gründerzeitlichen Arbeiterviertels werden nun u.a. Fertigteil-Einfamilien-Bungalows ohne Keller für 94.000 € das Stück errichtet. Auf diese Weise hält Wittenberge Einwohner, die sonst im Umland ihren Traum vom eigenen Haus verwirklichen würden. Gleichzeitig eignet sich die ehemalige „Stadt der Nähmaschinen“, die zwischen Hamburg und Berlin liegt und den höchsten Uhrenturm des europäischen Festlands besitzt, damit suburbane Charakterzüge an. Städtebaulich sinnvoller erscheint das Bund-Länder-Programm, das die Zusammenlegung von Wohnungen in Altbauten zu einem Reihenhaus fördert, um den Bedarf am Eigenheim zu stillen und dabei gleichzeitig die alten Gebäude zu erhalten. So werden die hundertjährigen Gebäude den heutigen Ansprüchen angepasst – und sie erhalten ein neues Image. Beide Maßnahmen – die Bereitstellung von Innenstadtnahen Bauland sowie die Erleichterungen zum Umbau von Altbauten – helfen, damit

¹² Oswalt, P. (2002): Experiment und Utopie im Stadtumbau Ostdeutschlands. In: Berliner Debatte, 13/2002 oder www.oswalt.de

Wittenberge nicht wie viele Städte weiter in Fragmente aus leeren Altbaugebieten, konsolidierten Kernbereichen, halbleeren und durch Abriss schrumpfenden Plattenbausiedlungen sowie in große Einfamilienhaus-siedlungen auseinander bricht.¹³

Eine Inszenierung der leer stehenden gründerzeitlichen und zum Teil architektonisch sehr aufwändigen Gebäude könnte diesem Auseinanderbrechen ebenfalls entgegen wirken. Durch die Kenntlichmachung der Ruinen könnte das Interesse an diesen Häusern geweckt werden. Sie könnte auch die Zeit bis zu einem Abriss oder auch einer Renovierung der Gebäude überbrücken. Zwar werden längerfristig die Einwohnerzahlen in den Neuen Bundesländern weiter sinken, dennoch wird ab 2010 eine zweite Suburbanisierungswelle erwartet: zu diesem Zeitpunkt werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1970er und Anfang 1980er Jahre ins „Häuslebau-Alter“ kommen.¹⁴ Gerade diese Zielgruppe könnte durch einen Imagewandel und einer zeitgemäßen Umwandlung der gründerzeitlichen Bebauung in der Kernstadt gehalten werden. Durch punktuellen Abriss einzelner Gebäude könnte auch eine Gartennutzung möglich werden.

Ein Wiedereinbringen auf den Wohnungsmarkt sollte aber keinesfalls das Hauptziel der Bespielung sein, da allein die demographische Entwicklung gegen diese Hoffnungen spricht. Vielmehr sollte es um die Erhaltung der Stadtstruktur gehen und um das Einsparen von Ressourcen – finanziellen wie auch gebauten. Eine – wenn auch nur temporäre – „Ruinen-Inszenierung“ setzt ein Zeichen, dass dort gerade etwas passiert. Sie gibt Denkanstöße wie verschieden Stadtplanung aussehen kann.

Eine Voraussetzung für die Bespielung der Ruinen ist die Einverständniserklärung der Eigentümer. Da diese offensichtlich nichts mit ihrem Besitz anzufangen wissen und von staatlicher Seite nur die Förderung

¹³ BMVBW (2000): Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern

¹⁴ ebd.

des Abrisses zu erwarten ist, sollten die Eigentümer einwilligen, die Gebäude für eine Inszenierung ihres Ist-Zustands freizugeben.



Neben der Bespielung der ungenutzten Häuser könnten im Laufe der Zeit auch Zwischennutzungen in ihren Räumen möglich werden. Diese sind allerdings nur erfolgreich, wenn die Bewohner aktiv beteiligt sind, bzw. die Zwischennutzung auf deren Interesse stößt. Die Nutzung der Räume könnte solange mietfrei bzw. lediglich die Höhe der Deckung der laufenden Kosten betragen, solange die temporären Nutzungen nicht gewinnbringend sind. Ein Raumpool, der Interessierten Räume vermittelt, die sie nach ihren Ideen nutzen können, könnte den Wohn- und Lebensraum in Wittenberge und in anderen betroffenen Kommunen stärken und in der Bewohnerschaft zu Kreativität und gegen Unmut beitragen.

Widerstrebt den Eigentümern dieser Umgang mit ihrem Besitz, sollten sie zu Investitionen bewegt werden. Denn auch in schrumpfenden Städten haben Eigentümer Pflichten. Können sie diesen nicht nachkommen,

da sich ihre Investitionen nicht rechnen würden, sollten sie sich von ihren laufenden Betriebskosten befreien und dazu veranlasst werden, das Gebäude günstig zu verkaufen bzw. zu verschenken – vorausgesetzt es finden sich Menschen, die es renovieren würden.



Das Positive des Schrumpfens – ein Überfluss an Raum – sollte für die Bewohner von „Shrinking Cities“ spürbarer werden. Kosmetische Maßnahmen, wie der flächendeckende Abriss in einer kleinteiligen gewachsenen Bebauungsstruktur, sind teuer und endgültig.

Abriss sollte nur ein Instrument von vielen sein. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten was mit einem „Zuviel“ gemacht werden kann: nicht zuletzt eine Darstellung des ruinenhaften Äußeren der leer stehenden Gebäude. Die Stadt behält damit ihren Charakter. Auch steht eine Inszenierung der Bauten einer möglichen zukünftigen Wiedernutzung nicht im Wege – im Gegensatz zum Rückbau. Auf keinen Fall soll durch die Zurschaustellung des Verfalls das Bedauern über den Verlust der Nutzung bzw. über den Verlust des Industriezeitalters verlängert werden. Viel-

mehr soll die Wertung von verfallenen Gebäuden verändert werden: Sie sollen nicht als ein Symbol des Niedergangs gesehen werden, sondern als ein Überbleibsel einer sich verändernden Gesellschaft. Die Bespielung zeigt, dass sie dennoch in den derzeitigen Stadtentwicklungsprozessen eingebunden sind und – wenn die Modewelle der Suburbanisierung vorüber sein sollte – auch wieder aktiviert werden können. Die Inszenierung von Ruinen könnte helfen mit dem Überfluss an Gebäuden zu leben, dessen Ära erst kürzlich begonnen hat.

„Was den Bau nach oben geführt hat, ist der menschliche Wille, was ihm sein jetziges Aussehen gibt, ist die mechanische, nach unten ziehende, zernagende und zertrümmern- de Naturgewalt. Aber sie läßt das Werk dennoch nicht, solange man überhaupt noch von einer Ruine und nicht von einem Steinhaufen spricht, in die Formlosigkeit bloßer Materie sinken, es entsteht eine neue Form, die vom Standpunkt der Natur aus durchaus sinnvoll, begreiflich, differenziert ist. Die Natur hat das Kunstwerk zum Material ihrer Formung gemacht, wie vorher die Kunst sich der Natur als ihres Stoffes bedient hatte.“¹⁵“

¹⁵ Georg Simmel (1919): Die Ruine. In: ders., Philosophische Kultur, Berlin 1983



Alexander Meyer

Schrumpfung - Verabschieden wir uns vom Wachstumsparadigma?

Einleitung

Schrumpfung ist ein natürlicher Prozess genau wie Wachstum. Bezieht man den Energieerhaltungssatz in seine Überlegungen mit ein, dann verbindet Wachstum und Schrumpfung nicht nur die Zuordnung zu den natürlichen Prozessen. Sie bedingen sich vielmehr gegenseitig, sind zwei Seiten einer Medaille. Nichts wächst, ohne dass im gleichen Moment auch etwas schrumpfen würde, und nichts schrumpft, ohne dass auf der anderen Seite auch etwas wachsen würde.

Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen. Nehmen wir einmal an, wir hätten auf der einen Seite die Menschen als eine Masse und mit ihr die vom Menschen beeinflusste Natur und auf der anderen Seite ebenso eine Masse, die vom Menschen unbeeinflusste Natur. Dann führt das Anwachsen der menschlichen Population zu einem Rückgang von unbeeinflusster Umwelt. Andersherum würde ein Schrumpfen der menschlichen Population zu einem Wiederauwachsen von unbeeinflusster Umwelt führen.

Oder nehmen wir mit dem industriellen Wachstum ein zweites Beispiel. Das industrielle Wachstum hat zu einem vermehrten Verbrauch und damit zur Schrumpfung natürlicher Ressourcen geführt. Ginge die industrielle Nutzung zurück, würde auch der Verbrauch der natürlichen Ressourcen zurückgehen und damit würden diese Ressourcen, zumindest in langfristiger Perspektive, wieder wachsen.

Schrumpfung und Wachstum sind also unbedingt miteinander verwoben und als getrennte Einheiten eigentlich nicht denkbar. Denn wie gesagt der Energieerhaltungssatz uns lehrt, wächst etwas nicht, ohne dass etwas anderes schrumpfen würde und umgekehrt.

Trotzdem die gegenseitige Bedingtheit eigentlich klar auf der Hand

liegt, ergeben sich bei der Bewertung dieser beiden Prozesse, in der gegenwärtigen Diskussion von Stadtpolitik, zwei klar voneinander getrennte Pole: Schrumpfung wird durchweg negativ bewertet und Wachstum ausschließlich positiv. Dies hat eine lange Tradition, die tief in der Gesellschaft verankert ist. Denn mit dem Durchsetzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise im Laufe des 19. Jahrhunderts, setzte sich auch ein Bewertungsmaßstab von Entwicklung durch, der unbedingt Wachstum gegenüber Schrumpfung anstrebte. Er wird als sogenanntes Wachstumsparadigma bezeichnet.

Dieses Wachstumsparadigma hat fast 200 Jahre den Menschen als mentale Schablone gedient, die Prozesse um sie herum und ihr eigenes Handeln zu bewerten und zu steuern. Dabei verschwand der Zusammenhang zwischen Wachstum und Schrumpfung aus dem Fokus der Wahrnehmung. Die Konzentration auf einen eng begrenzten Denk- und Handlungshorizonts innerhalb der Nationalstaaten und die Konkurrenz zwischen diesen politischen Einheiten, hat zu einer seltsamen Verengung des Blickfeldes geführt.

Was hat sich geändert bzw. was ist passiert, dass ich nun die Frage stelle, ob sich diese mentale Schablone verändern wird? Wie könnte sich dieser Bewertungsmaßstab unter den gegenwärtigen Bedingungen wandeln? Und letztendlich, wie wahrscheinlich ist es, dass diese Wandlung tatsächlich erfolgt? Diese Fragen stehen im Zentrum dieses Essays und sollen Schritt für Schritt beantwortet werden. Dabei erscheint es mir am logischsten, mit den veränderten Rahmenbedingungen zu beginnen.

Schrumpfende Städte - eine Realität in Deutschland

Blicken wir auf die letzten 200 Jahre zurück, erleben wir momentan eine Zäsur in Deutschland. Eine Zäsur die sich lange ankündigte, ohne direkt spürbar zu sein, und die nun tatsächlich im alltäglichen Leben sichtbar wird. Ich rede von erstmals langfristig und flächendeckend schrumpfenden Städten.

Erschien diese Entwicklung bis heute nur an zeitlich, wie räumlich weit entfernten Orten möglich, sind viele kommunale und städtische Verwaltungen ganz aktuell davon betroffen. Es gibt zahlreiche Beispiele, und sie zeigen, diese Entwicklung ist keinesfalls eine Eintagsfliege oder ein lokalspezifisches Phänomen. Diese Prozesse sind flächendeckend gegenwärtig und sowohl in Großstädten wie in ländlich geprägten Regionen zu finden. Besonders der Osten Deutschlands, also explizit Gebiete in der ehemaligen DDR, sind mit dem Problem des Schrumpfungsprozesses konfrontiert. Man spricht hier von De-ökonomisierung, De-population und De-urbanisierung. Aber auch der Westteil der Republik wird über kurz oder lang von dieser Entwicklung betroffen sein.

Das Phänomen von schrumpfenden Städten ist dabei nicht wirklich neu, aber die Dimension der Schrumpfung ist neu. Während sie sich in der Vergangenheit auf bestimmte Regionen mit spezifischen Problemen beschränkte, wird sie heutzutage flächendeckend wirksam. Bund, Länder und Gemeinden versuchen, darauf zu reagieren, und haben verstärkte Anstrengungen unternommen, Instrumente zur Steuerung der Schrumpfung zu entwickeln. Diese Instrumente sind allerdings unterentwickelt oder wenig erprobt. Insgesamt ist das Problem wenig beachtet worden, obwohl, wie ich noch zeigen werde, die Problemlage nicht aus heiterem Himmel kam. Das Wachstumsparadigma hat in der Bewertung der Realität zu einem blinden Fleck geführt.

Überspitzt gesagt, wann immer in den letzten zwei Jahrhunderten ein Mensch Stadtpolitik betrieb, er konnte mit Wachstum rechnen. Sein Weltbild und Bewertungsmaßstab war daran angepasst. Das Wachstumsparadigma hat eine zeitliche Entwicklung des Wachstums begleitet. Es hat aus heutiger Perspektive, dieser Entwicklung sozusagen Rechnung getragen. Bevor ich die Frage aufgreife, ob die veränderte Faktenlage eine Veränderung der mentalen Schablone nach sich zieht, möchte ich zunächst die Behauptung des blinden Flecks beweisen.

In unserer Gesellschaft in der Wachstum dominierte und Wachstum angestrebt wird, war man lange Zeit blind und taub für die Alarmsignale, der sich ankündigenden Schrumpfung.

Die Rufer in der Wüste

Obwohl der Schrumpfungsprozess viele Ebenen berührt, erscheint mir die demographische Perspektive, die interessanteste zu sein. Hier liegen langfristig die Ursachen für einen, in seinem jetzigen Erscheinungsbild, umfassenden Schrumpfungsprozess.

Sicher können zum Teil auch in Gebieten in denen die Bevölkerung zurückgeht, die Wirtschafts- und Finanzmittel wachsen. Langfristig scheint mir aber ein Unternehmen, vor die Wahl zwischen einer zahlenmäßig wachsenden oder schrumpfenden Gemeinde bei ansonsten gleichen Ausgangsbedingungen, die Entscheidung zugunsten der zahlenmäßig wachsenden Gemeinde zu treffen.

Welches Unternehmen investiert schon in Gebieten, in denen mittelfristig der Absatz- und Arbeitskräftemarkt schrumpft? Ganz zu schweigen von den rückläufigen Finanzmitteln der Kommune, und den daraus resultierenden rückläufigen Investitionen in die staatliche Infrastruktur.

Auf Länderebene ist diese These sicherlich schwer nachzuweisen, weil die Prozesse zu komplex sind, als sie auf die demographische Komponente zu reduzieren, aber es bleibt zumindest vorstellbar, dass eine schrumpfende Bevölkerung auch Schrumpfungsprozesse in anderen Bereichen induziert.

Bleiben wir also bei der demographischen Perspektive. Bevölkerungsprognosen gaben bereits in den 70er Jahren erste Hinweise darauf, dass die Bevölkerung innerhalb der westlich zivilisierten Welt zukünftig zurückgehen würde, wenn das natürliche Minus nicht kontinuierlich durch Wanderungsgewinne aufgefangen werden könnte. Insgesamt entwickeln sich demographische Strukturen in sehr langfristigen Zeitabständen und die Auswirkung eines Geburtenrückgangs sieht man erst Jahrzehnte später, aber das natürliche Bevölkerungswachstum ist kontinuierlich zurückgegangen.

In Deutschland beispielsweise sterben seit 1972 mehr Menschen als geboren werden. Die Geburtenrate ist gesamteuropäisch bereits seit mehreren Jahrzehnten unter das sogenannte Bestandserhaltungsniveau

von 2,1 gesunken, was bedeutet, dass die Bevölkerung langfristig schrumpft, wenn die Zuwanderungen nicht stetig zunehmen.

Die Schrumpfungsprozesse waren also seit mindestens 30 Jahren absehbar, so dass die Behauptung nachvollziehbar wird, das Problem entwickelte sich in einem blinden Fleck.

Wie verändert sich das Wachstumsparadigma?

Die Entwicklung in den letzten 200 Jahren war also durch Wachstum geprägt und das Wachstumsparadigma hat diese Entwicklung begleitet und gefördert. Hier haben wir das philosophische Problem von Henne und Ei und die Frage, war zuerst das Wachstum da und hat diese Erfahrung zum Wachstumsparadigma geführt oder hat umgekehrt, das unbedingte Anstreben von Wachstum erst zu Wachstum geführt? Im Endeffekt können wir diese Frage so einfach nicht beantworten und so können wir auch die Frage nach einer möglichen Veränderung so einfach nicht beantworten, die da in einer kausalen Kette lauten könnte: Wachstum hat zum Wachstumsparadigma geführt, also führt Nicht-Wachstum zum Nicht-Wachstumsparadigma. Aber es ist natürlich so, dass eine bestimmte Interpretation von Fakten schon bestimmte Fakten braucht. Zumal in einem gesellschaftlichen Teilbereich, der daran gemessen wird, möglichst genau die Realität aufnehmen zu können, um adäquat darauf reagieren zu können, also die Politik. Und da eine schrumpfende Städtelandschaft wohl kaum mit den Instrumenten und dem Blick, einer auf Wachstum ausgerichteten Realitätskonstruktion gemessen, geschweige denn gesteuert werden kann, wird sich die Politik vom Wachstumsparadigma verabschieden, ja verabschieden müssen, will sie am Ruder und damit Politik bleiben.

Um auszuloten, wie sich die Schablone verändern könnte, werde ich nun aus meiner Sicht das Hauptproblem schildern, das mit dem Wachstumsparadigma aufgetreten ist. Meine Grundannahme ist die, dass man im allgemeinen gewillt ist, Probleme zu vermeiden, so dass aus der Analyse abzuleiten ist, was sich verändern wird, damit dieses Problem

nicht mehr auftritt.

Zunächst möchte ich aber noch einmal aus meiner Sicht begründen, warum das Wachstumsparadigma verschwinden wird. Immerhin hat es sich 200 Jahre und auch gegen die Anfeindungen von „linken“ Intellektuellen, besonders in den 70er Jahren, gehalten. Blicken wir zurück, dann stellen wir fest, dass in diesen 70er Jahren vor allem aus der Perspektive der Vernunft argumentiert wurde. Heute steht dieses Leitbild in Frage, weil es behindert hat, Probleme wahrzunehmen und rechtzeitig anzugehen, und dass bei konkreten Sachverhalten in unserem unmittelbaren Wirkungskreis, in unserem unmittelbaren Umfeld. Das wiegt schwerer als Vernunft.

Das Wachstumsparadigma ist nicht angreifbar innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise oder besser der Handlungsweise des kapitalistisch wirtschaftenden Menschen, aber angreifbar ist die Dominanz innerhalb der Politik und der politischen Willensbildung.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Sieg der kapitalistischen Wirtschaftsweise dazu geführt hat, dass das Wachstumsparadigma auch in anderen Bereichen das dominante Leitthema geworden ist. Humankapital ist ein Ausdruck dessen wie sehr wirtschaftliches Denken unsere Sprache bestimmt. Und Sprache ist immer ein Ausdruck des Denkens.

Staatliches Handeln zielt heute in der Öffentlichkeit primär auf wirtschaftliche Effekte. Besonders in Zeiten des Wahlkampfes kann man das beobachten. Gerade in einem politischen Schlagabtausch im wählerwirksamen Fernsehen werden oftmals Argumente angeführt, die wirtschaftliche Wachstumsraten ins Feld führen. Erfolgreich ist die politische Partei oder das Bundesland, welche die höchsten Wachstumsraten garantieren oder aufzuweisen hat. Wirtschaftliche Unternehmen in Deutschland oder allgemein deutsche Unternehmen sollen expandieren und wachsen, sie sollen erfolgreich sein. Politischer Erfolg ist mit Wachstum verknüpft und umgedreht Nicht-Wachstum mit Misserfolg.

Wie wird sich das verändern?

Um das Problem des eingegengtes Blickes zu beheben, muss sich Politik

wieder ihrer eigentlichen Identität bewusst werden. Was nicht bedeutet, dass Politik sich nicht mit wirtschaftlichen Belangen beschäftigen soll. Wirtschaft ist ein Teilbereich der menschlichen Gesellschaft. Aber da Politik die Aufgabe hat auch die sozialen, kulturellen etc. Prinzipien des Menschen zu berücksichtigen, ist hier eine Relativierung geboten. Politik ist mehr als Wirtschaft und muss deshalb auch mehr sehen als Wirtschaft und deshalb muss Politik darauf bedacht sein, entstandene Behinderungen im Sichtfeld zu beseitigen. Was nichts anderes bedeutet, als sich vom Wachstumsparadigma zu verabschieden, zumindest innerhalb der Politik.

Veränderung ist ein Ergebnis von Wahrscheinlichkeit – ein Ausblick

Wie wahrscheinlich ist nun aber solch eine Veränderung?

Angesichts der schrumpfenden Finanzmittel der Kommunen und dem stärkeren Konkurrenzdruck durch mehr Wettbewerb, erscheint es doch zunächst logisch, dass die staatlichen Körperschaften in Zukunft mehr vom wirtschaftlichen Denken durchdrungen werden. Das Kommunen immer abhängiger von einzelnen Großunternehmen werden und somit von deren Denkweise. Zumal diese Sichtweise über viele Jahre auch politisch propagiert wurde und sich mentale Modelle sich nicht von heute auf Morgen ändern oder ändern lassen.

Es ist dem nichts entgegenzusetzen, staatliche Institutionen sollten von Wirtschaftsunternehmen lernen. Vor allem die Verwaltung scheint immer noch zu oft vergesslich, wenn es darum geht zu verstehen, dass sie vor allem für die Bürger da ist und nicht umgedreht die Bürger für die Verwaltung. Aber ist dazu eine Dominanz von Leitbildern aus dem vorletzten Jahrhundert und nur aus einem Teilbereich der Gesellschaft notwendig und hilfreich? Oder stört so ein antikes Relikt nicht eher bei der Bewertung und Reaktion auf gegenwärtige Entwicklungen?

Ich verstehe die Veränderung der mentalen Schablone nicht als ein Verschwinden von wirtschaftlichem Denken, wie schon beschrieben, sondern eher als einen Auftrag an die politische Kultur und als einen

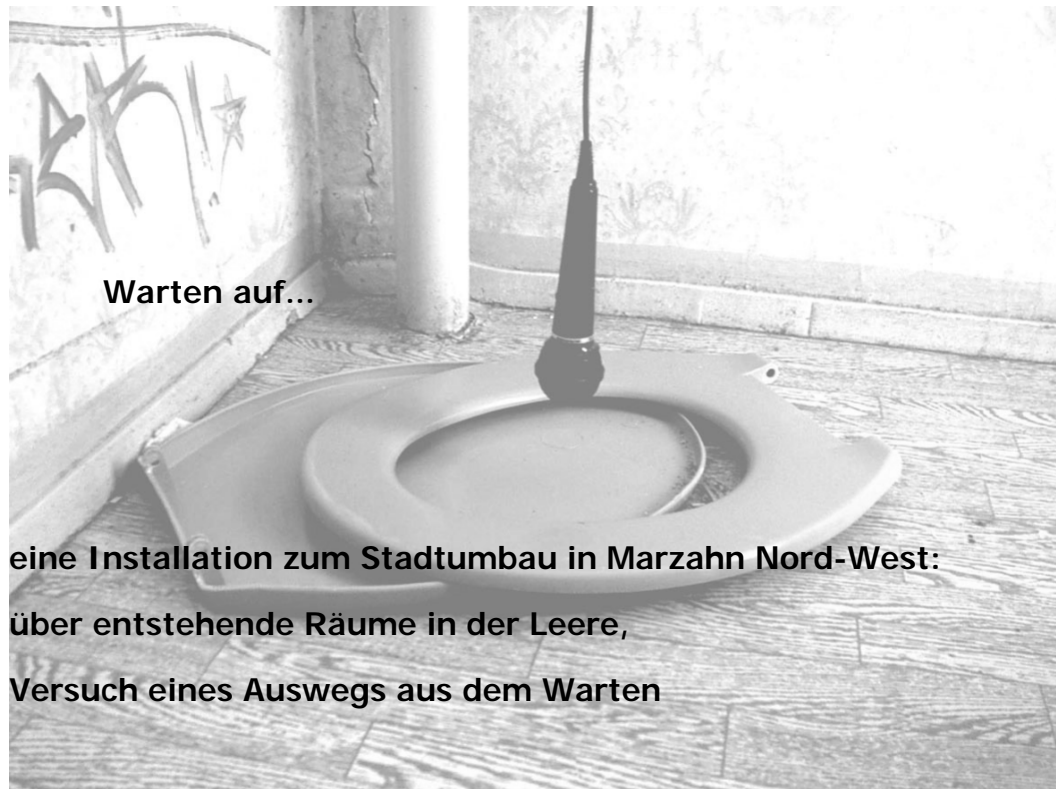
Auftrag zu einem neuen Identitätsentwurf von Politik. Denn letztendlich wird ein altes Modell nur durch ein neues abgelöst und schließlich wird dies auch im Sinne einer Unternehmensvernunft sein, die an einer Auflösung des Politischen kein Interesse hat, genauso wenig wie das Politische auch kein Interesse an einer Auflösung des Wirtschaftlichen haben kann.

Eine Relativierung des Leitbildes des immerwährenden Wachstums ist zumindest für den Zeitraum eines gesellschaftlichen Diskurses unumgänglich. Und dieser ist mehr denn je geboten angesichts der fast schon fahrlässigen Auslassungen in der jüngeren Vergangenheit. Das Ende dieser Diskussion ist im Grunde offen. Ich denke aber, es ist sehr unwahrscheinlich, dass ein Modell von einer derart langen Laufzeit noch immer aktuell ist, und dass es, wenn auch keinen Abschied, so zumindest eine Veränderung dieses Leitbildes geben wird.

Man darf gespannt sein, inwiefern es der Politik gelingt, in der momentan angespannten Situation, neue Wege zu beschreiten und ob sich die wirtschaftlichen Interessengruppen vernünftig zeigen und den Bedarf der Politik nach einem mehr politischen Profil, nicht torpediert.

Tina Hilbert und Anja Barth

„Warten auf ...“ - ein Projekt zum Thema „Schrumpfende Städte“ (Konzeption)



...

...

...

Warten!

Wir haben sie gefunden: die wartenden Häuser. Am Rande Berlins in Marzahn Nord-West warten sie auf ihren Abriss. Als Teil des Rückbauplans „Ahrensfelder Terrassen“ werden sie in der Form bald nicht mehr existieren.

Zur Zeit unserer Ankunft sind sie leer, warten, sind identitätslos.
.....

Sind identitätslos?

Diese Häuser hatten Identitäten. Damals. Identitäten als Wohnhäuser: Menschen zogen ein und gaben den Häusern ihre eigenen Identitäten. Sie wurden geformt. In ihnen wurde gelebt. Die Häuser lebten mit den Bewohnern, wie auch durch die Bewohner. Dann, Mitte der 90er Jahre, verloren sie ihre Identitäten. Stück für Stück. Mit jedem Auszug ein Stück mehr. Ihrer Funktion und ihres Inhaltes beraubt stehen sie nun da. Warten. Warten auf Veränderung.



Abstract

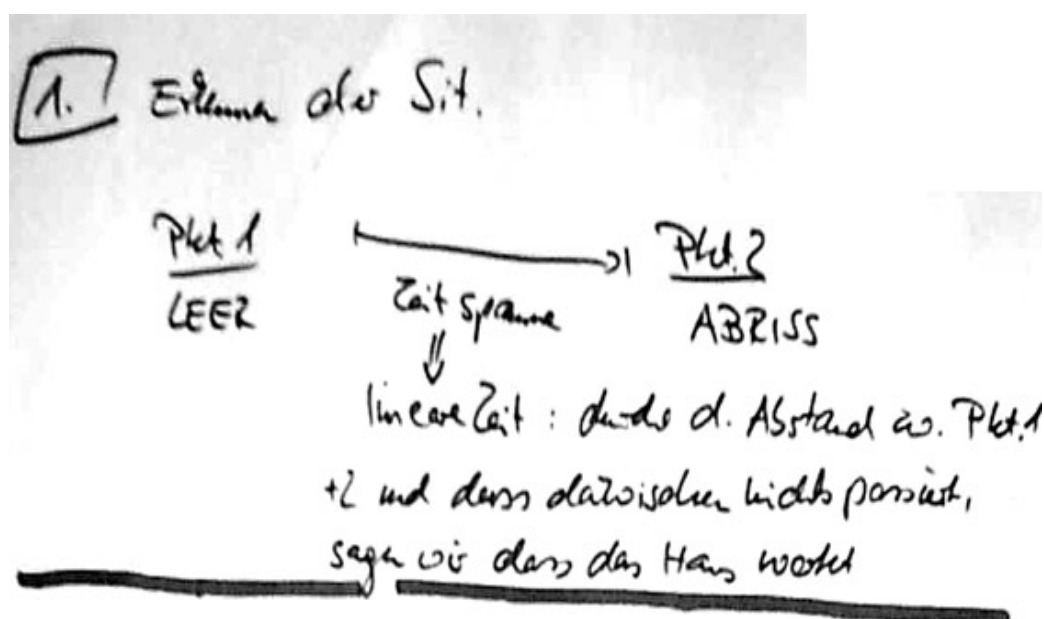
„Warten auf...“ ist eine Ausstellung, deren Durchführung für den Zeitraum vom 26. November bis 6. Dezember 2004 geplant ist. Unter der Überschrift „Schrumpfende Städte“ befasst sich dieses Projekt speziell mit dem Gebiet Marzahn Nord-West in Berlin. Im Rahmen des Stadtumbau Ost Programms wird in dem Gebiet der Rückbau der Plattenbauten gefördert. Unter dem Leitspruch „Ahrensfelder Terrassen“ werden in Zukunft neusanierte Wohnungen entstehen.

Mit unserem Projekt „Warten auf...“ fragen wir nach der Zwischenzeit: Was passiert mit den Häusern während des Leerstands? Das Warten als derzeitiger Zustand der Häuser steht im Vordergrund unserer Betrachtungen. Mit Anwohnerinterviews, Beobachtungen und Inspizierungen der Häuser haben wir bereits begonnen, Veränderungen und Stimmungen der jetzigen Lage, sowie Fragmente ehemaliger Identitäten der

Häuser einzufangen. Weiterhin arbeiten wir symbolhaft mit einem, der vom Rückbau betroffenen Zimmer. Ein Film über den Raum soll die Situation greifbar machen und somit Ansatzpunkte zur Diskussion bieten: Kunst ist somit eine Möglichkeit, sich mit den Prozessen der Schrumpfung zu befassen. Es ist uns wichtig, das Schrumpfen der Städte und den damit verbundenen Stadtumbau (auch) positiv zu betrachten. Unsere Ausstellung soll Schnittstelle für eine öffentliche Diskussion sein. Wir wollen mit unserem Projekt ein Stück Stadtgeschichte von Marzahn Nord-West schreiben.

Die Idee des Wartens

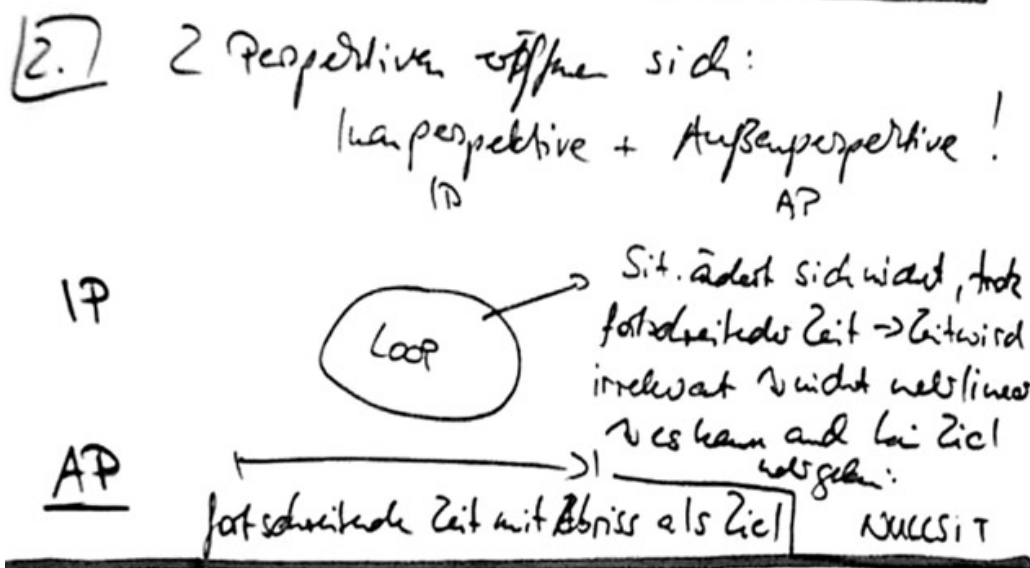
„Ich bleibe hier und warte...“ ... auf dich... bis sich etwas verändert. Ich mache mich abhängig, von der Situation. Vom Ort. Von der Zeit. Vom Ziel. So sehe ich das Warten als ein Ausharren, ein Hinnehmen der Situation.



Diese passive Art ist eine Form des Wartens. Als Gegensatz dazu wollen wir eine weitere aufzeigen: Das aktive Warten. Das Warten als Prozess

und Ziel. Das Warten als Bewegung. Hier impliziert das Warten nicht ein Resultat, es ist Resultat an sich! Warten bedeutet handeln. Eine Situation nicht nur hinnehmen, sondern kreativ gestalten!

Ort und Zeit sind im aktiven Warten keine abhängigen Komponenten, wie beim passiven Warten. Das aktive Warten ist als Situation zu begreifen. In diesem Sinne ist es auf verschiedene Zustände übertragbar: Nicht nur Menschen warten, sondern auch Gegenstände, Räume, Zeiten, Situationen an sich. Das Warten wird kaum greifbar: Seine Wahrnehmung ist von der jeweiligen Betrachtungsweise abhängig. Es kann sich entziehen und gleichzeitig manifestiert es sich wieder. So haben wir die wartenden Häuser gefunden. Häuser, die konkret als Teil des Rückbauplans „Ahrensfelder Terrassen“ existieren. In ihnen manifestiert sich symbolhaft das Warten.



Die Häuser stehen da, sichtbar für jeden, der in das Gebiet kommt. Sie stehen leer. Der Abriss ist die letzte Konsequenz dieses Zustandes. Leerzug und Abriss sind nicht direkt aufeinanderfolgend: dazwischen vergeht Zeit, in der nichts passiert. Die Zeit ist linear, sie vergeht von Punkt 1 zu Punkt 2.

Ehemals lebten Menschen in den Häusern. Den von ihnen geschaffenen

Lebensraum gibt es zwar noch, aber er existiert nur in Fragmenten weiter. Begibt man sich auf die Suche nach den Fragmenten, dann steigen sie in die Nase, fängt das suchende Auge sie ein, sind sie von Zeit zu Zeit hörbar in den Häusern. Es sind die Gerüche der Menschen, die noch den Wohnungen anhaften, die Inschriften an den Wänden im Treppenhaus, die Farbigekeit oder Farblosigkeit der Räume, die Klingelschilder und Briefkästen mit liegengelassenen Briefen. Dies sind Zeichen der ehemaligen Identitäten. Die Vielfalt der Fragmente spiegelt das ehemalige Leben wieder: eine Geschichte unterschiedlicher Generationen hat sich in die Häuser eingeschrieben. Wir finden Teile der DDR, der Nachwende, aus verschiedenen Ländern wie Russland und Polen, hinter denen sich ein ehemals reges Leben erahnen lässt. Sie warten darauf, zerstört zu werden, um sie zu ersetzen. Hier ist ein Raum frei geworden, frei von seiner alten Identität, seine neue erwartend....

.....

.....

Ein Freiraum.

.....

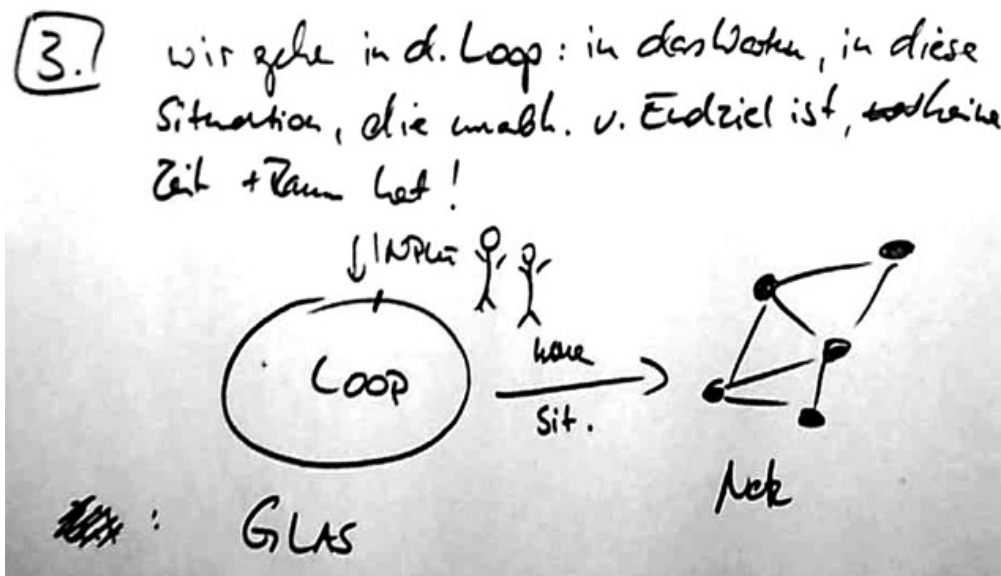
.....

In der Zeitspanne (Wartezeit) nach dem Leerzug bis zum Abriss der Häuser bleibt die Situation gleich. Lineare Zeit existiert nur zwischen zwei Punkten. Wenn es keine Bezugspunkte gibt, wird Zeit irrelevant. Zwei Perspektiven eröffnen sich. Die Außenperspektive betrachtet die lineare Zeit und die Innenperspektive die Nicht-Zeit. Wir bezeichnen sie als Glas. Diese Glas ist frei und nicht abhängig vom davor und danach. Es existiert in sich, durch die Außenperspektive ist bestimmt, wann es aufgelöst wird (Abrisstermin). Generell herrscht in beiden Situationen passives Warten vor. Die Innenperspektive des wartenden Hauses ist einem Loop gleich: nichts ändert sich, jeder Tag ist wie der vorherige.

Durch diese spezielle Situation entstehen Freiräume. Räume, die losgelöst von ihrem Ziel genutzt werden können und so die Möglichkeit für etwas Neues bieten. Diese Freiheit zu nutzen heißt, die Chance zu er-

greifen, den Häusern nochmals eine Aufgabe zu geben: Die gegenwärtigen Lage verarbeiten. An einer positiven Sichtweise auf die Situation mitwirken. Einen Raum schaffen, für neue Gedanken, die unabhängig weiter existieren können, auch wenn die Häuser nicht mehr sind.

So wird der Raum aus seiner Geradlinigkeit herausgerissen: Wir setzen in die Beliebigkeit der Zeit und des Raumes ein. In dem wir die Wartesituation erkennen, können wir sie um-wandeln und nutzen.



Bis heute ist dieser Freiraum noch völlig ungenutzt (nicht einmal die obligatorischen feiernden Jugendlichen haben Besitz davon ergriffen). Was bleibt ist nur das Warten: das Warten auf den Abriss, in dem jeder neue Tag wie gestern ist

Noch steht das wartende Haus. Wir wollen das Warten nutzen. Es zur Bewegung machen. Es ist der Ausbruch aus der Vorherbestimmung. Im Warten können eigene Zeit-Räume geschaffen werden, die sich dem linearen Denken entziehen. Das Haus aus einem anderen Blickwinkel betrachten und in seiner End-Zeit umnutzen. Ihm für eine kurze Zeit eine neue Identität verschaffen.

Wieso ist unser Projekt interessant für Berlin?

Die Ausstellung befasst sich mit dem Phänomen schrumpfender Städte und deren Folgen. Die Kommunikation mit der Bevölkerung über die gegenwärtigen Veränderungen ist ein entscheidender Punkt. Es geht es nicht nur um das Erzeugen von Aufmerksamkeit, als vielmehr um eine Perspektivenerweiterung. Positive, neue Sichtweisen auf schrumpfenden Städte sollen zugelassen werden.

Überall schrumpfen Städte! In Ostdeutschland gewann diese Feststellung zunehmend an Beachtung, da seit 1989 eine dramatische Entwicklung zu verzeichnen ist: bedingt durch Wegzüge und einen starken Geburtenrückgang kam es zu enormen Wohnungsleerständen. Betroffen waren zunächst Alt- und Plattenbauwohnungen. Heute ist der Wohnungsleerstand nicht nur in den neuen Bundesländern ein verbreitetes Phänomen.

Unser Projekt bezieht sich auf die Berliner Großraumsiedlung Marzahn Nord-West. Sie liegt am nordöstlichen Stadtrand Berlins und grenzt an den Landkreis Barnim mit der Gemeinde Ahrensfelde. In dem Zeitraum von 1992-2001 wanderten ca. 10000 Einwohner ab, was einen Verlust von ca. 25 % der Bevölkerung darstellt. Durch die Beteiligung Marzahn Nord-Wests an dem Programm „Stadtumbau Ost“ wird sich die derzeitige Situation des Leerstands und der Architektur im Gebiet, damit verbunden auch seine Raumbilder, verändern: Vor einigen Monaten begann die Umsetzung des Konzeptes „Ahrensfelder Terrassen“. Einige der elfgeschossigen Häuser werden auf drei bis vier Stockwerke rückgebaut, andere werden abgerissen. Seit dem hat sich Marzahn Nord-West in eine Baustelle verwandelt. Doch findet der Abriss nicht an allen Häusern gleichzeitig statt. So stehen Häuser, schon seit Monaten leer, verlassen da. Sie sind ihrer Identität beraubt und ihnen bleibt nur das Warten auf den Abriss. Hier setzen wir in unserem Projekt an, in dem wir diesen entstanden Freiraum thematisieren und umnutzen. Das Phänomen des Schrumpfens fordert von unserer heutigen Gesellschaft ein Umdenken alter, traditioneller europäischer Stadtmodelle als auch ein damit verbundenes Neudenken von zukünftigen städtischen Entwick-

lungen, Raumbildern und Raumstrukturen. Indem wir dem freigewordenen Raum eine neue Interpretation geben, künstlerisch das Problem aufarbeiten und in einen größeren Kontext stellen, wollen wir dazu beitragen, Schrumpfung als Möglichkeit und Ausgangspunkt für positive Veränderungen zu sehen. So entsteht ein Raum, in dem die Phänomene zum einen kommuniziert und diskutiert, zum anderen interpretiert und künstlerisch verarbeitet werden können.

Auch in Berlin ist das Schrumpfen der Stadt immer mehr in die Betrachtung von Politik, Öffentlichkeit und Wirtschaft gelangt. Unser Projekt „Warten auf ...“ befasst sich mit einem konkreten Beispiel in Berlin.

Wie wir uns die Umsetzung vorstellen

Die Umsetzung wird auf drei Ebenen stattfinden. Auf der ersten Ebene werden wir das Gebiet durch Sammeln von Fragmenten, Beobachtungen und Befragungen erfassen. Im zweiten Schritt gehen wir in einen, der vom Abriss betroffenen Räume hinein und arbeiten mit ihm. Diese beiden Ebenen bilden die Grundlage, um die Veränderung in Marzahn Nord-West in einer Ausstellung zu thematisieren und zu kommunizieren. Die Ausstellung soll vor Ort in Marzahn stattfinden und somit die Diskussion mit Betroffenen und Interessierten anregen.

(1) Aufzeigen der Situation

Im ersten Schritt werden wir das Haus und sein Umfeld beobachten und befragen. Damit wollen wir die Situation in Marzahn Nord-West einfangen. Wie fühlen sich die Anwohner beim Anblick der leerstehenden Gebäude?

Was denken sie, beim täglichen Vorrübergehen? Welche Gefühle haben sie bei dem Prozess der Veränderung? Wie wirken die Häuser auf die Menschen? Wie haben die Menschen auf die Häuser gewirkt?

Um die letzte Frage zu beantworten, werden wir Fragmente in den Häusern sammeln.

Dazu zählen: Stimmungen, Töne, Zeichnungen an den Wänden, Gerüche, Tapeten.

Wir wollen die Wartesituation in Marzahn Nord-West durch Fotos, Tonaufnahmen und Beschreibungen festhalten und das Vergangene zusammmentragen.

(2) Nutzen der Situation

Die Wartesituation in Marzahn Nord-West eröffnet Freiräume, die genutzt werden können. Kunst ist eine Möglichkeit von vielen. Wir wollen symbolisch in einem Raum diese Chance verdeutlichen: in einem Zimmer das in Zukunft rückgebaut wird. Durch unser Handeln geben wir dem Raum eine neue Bedeutung vor dem Abriss, eine Zwischenidentität.

In der Umsetzung arbeiten wir mit dem Theaterstück „Warten auf Godot“ von Samuel Beckett. Das hoffnungslose Warten der zwei Protagonisten Wladimir und Estragon auf eine Erlösung, auf Godot, ist ähnlich dem Warten der Häuser in Marzahn: Jeder Tag scheint wie der vorangegangene zu sein, die Zeit hinterlässt im Warten keine Spuren.





Haus 1: So ist die Zeit vergangen.

Haus 2: Sie wäre sowieso vergangen.

Haus 1: Ja. Aber langsamer!

(nach : *Warten auf Godot*)

BEIMWARTEN?

ICH VERSTEHE

Die Zeit vergeht, aber an der Situation des Wartens ändert sich nichts, die Zeit wird egal: die immer wiederkehrende Situation, das hoffnungslose Warten (bis zum Abriss). Es ist letztendlich egal wie viel Zeit vergeht. Sie wird unwichtig, weil ungenutzt.



Durch unser Einschreiten nutzen wir den Raum. Wir verändern ihn, indem wir die Wände gestalten: Auszüge des Theaterstücks werden umlaufend an die Wände geschrieben, ein Bild für die Warteschleife in der sich die Häuser momentan befinden. Genau das ist es, wenn wir sagen: WIR BRECHEN DIE NULLSITUATION VON GODOT MIT GODOT AUF!

Im zweiten Teil der Umsetzung werden wir den neuentstandenen Raum filmisch bearbeiten und aufzeigen. In einer Warteschleife. Eine Textstelle aus Godot steht an der Wand.

Wo ist der Anfang, wo das Ende?

Dinge verlieren sich in der Warte-Schleife.

(3) Ausstellung

Die ersten Ebenen des Projektes werden in einer Ausstellung aufgenommen und erweitert. Wir wollen die konkrete Situation in Marzahn Nord-West verdeutlichen. Sie erzählt dokumentarisch wie künstlerisch ein Stück Marzahner Geschichte. Sie soll zu einer weiterführenden, übergreifenden Diskussion anregen und kann somit zur Schnittstelle zwischen verschiedenen Akteuren werden.

Die Ausstellung ist für zwei Räume konzipiert. In einem Raum rekonstruieren wir den Raum, in dem wir gearbeitet haben (da er nicht mehr existiert). Die Textzeilen werden wieder an den Wänden stehen, der entstandene Film zur Nachempfindung der Situation wird gezeigt. Mit einer Toninstallation werden die Geräusche des Hauses sowie die Meinungen der Anwohner wiedergegeben. Der Betrachter kann die Spuren der Identitäten hören und in sich aufnehmen, ohne dass sie Einfluss auf den Raum ausüben, sie verrinnen in der Luft. Genauso verhält es sich mit den Besuchern: sie werden Teil der Ausstellung, hinterlassen fragmentarisch ihre Identität (in Gerüchen, Worten...), um den Raum dann wieder zu verlassen.

In dem zweiten Raum wird die Situation des Gebietes beleuchtet: anhand von Computercollagen, Grafiken und Schautafeln möchten wir die Zustände beleuchten, ansprechen, kritisieren und verarbeiten.

Als Rahmenprogramm planen wir eine Diskussionsrunde zwischen Akteuren aus den Bereichen Geographie, Architektur, der Wohnungsbau-gesellschaft, dem Senat und den Betroffenen sowie Anwohnern. Zum Austausch unter Anwohnern über den Rückbau soll angeregt werden. Die Zukunft für Marzahn soll diskutiert werden.

Falko Theisselmann

Alle Räder stehen still, wenn ein starker Arm es will

Das bundesrepublikanische Planungssystem ist entwickelt worden in einer Zeit, die durch Wachstum in Bevölkerung und Wirtschaftskraft geprägt war. Es galt vor allem den Marktkräften Grenzen und Möglichkeiten zu bieten, die eine Entwicklung zum Wohle der Mehrheit ermöglichen. Im Wachstum bedeutet dies, eine Verteilung von Wohlstand durchzuführen und den Mehrwert sinnvoll einzusetzen.

Diese Situation wird sich ändern. Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Stagnation werden dazu führen, dass es zumindest regional und lokal Abwertungen geben wird. Industrie und Arbeitsplätze werden dauerhaft verschwinden, Wohnungen werden leerstehen. Selektive Bevölkerungswanderung und der Rückbau von Infrastruktur bedeuten nicht nur eine Verringerung klassischen Kapitals sondern auch die Vernichtung sozialen Kapitals. Dass dies räumlich konzentriert und nicht flächendeckend dispers stattfinden wird, ist abzusehen. Konkret heißt das, dass bestimmte Gemeinden und Stadtviertel stärker betroffen sein werden als andere. Diese geraten bei ihrer Entwicklung in eine "Abwärtsspirale", die nicht nur Bodenwerte verringert, sondern auch Zukunftsperspektiven zunehmend verschlechtert.

Die Gemeinden bemühen sich meist dieser Entwicklung entgegenzuwirken, jedoch wird auch die beste Planung es nicht leisten können Schrumpfungen zu verhindern. Von Seiten der Gemeinde bzw. Planung gibt es mehrere Möglichkeiten diese Prozesse zu begleiten. Wird auf Selbstheilungsprozesse gehofft, ist eine Entwicklung gemäß der oben beschriebenen Abwärtsspirale zu erwarten, an deren Ende entleerte Gebiete mit einer überalterten und sozial schwachen Wohnbevölkerung, sowie ausgedünnter öffentlicher Infrastruktur stehen. Angesichts dessen kann eine aktive planerische Begleitung und Gestaltung einer Schrumpfung durchaus sinnvoll sein. Diese sollte dafür sorgen, dass die Entwicklung im Sinne der Allgemeinheit stattfindet.

Sinnig erscheint es hier die Schrumpfung zu steuern, anstatt ein Gebiet sich selbst ausdünnen zu lassen. Die Konzentration der Schrumpfung auf vorher festgelegte Gebiete und der Ausbau und der Erhalt von Funktionen in anderen Arealen stellt eine sinnvolle und nachhaltige Maßnahme dar. Bei planerischen Eingriffen spielen deren Kosten und Finanzierung vor allem in von Schrumpfung betroffenen Gebieten eine große Rolle. Der Verlust von Arbeitsplätzen und Einwohnern hat sinkende Steuereinnahmen für die Gemeinde zur Folge. Diese finanzielle Schwächung der Gemeinde wird dadurch verschärft, dass die öffentliche Infrastruktur in ausgedünnten Gebieten ineffizient genutzt wird, wobei die Betriebs- und Erhaltungskosten jedoch kaum sinken.

Folglich geht es aus Sicht der Planung konkret darum Verwahrlosung und ineffiziente Nutzung von Infrastruktur zu verhindern. Hierzu muss bestehende Bausubstanz abgerissen und genutzte Flächen müssen einer Nichtnutzung zugeführt werden. Alle derartigen Maßnahmen können nur im Rahmen der in den Raumordnungsgesetzen festgelegten Regeln durchgeführt

werden. Das bestehende Recht führt in Kombination mit den finanziellen Beschränkungen zu Problemen aus Sicht der Gemeinde.

Abriss von Bausubstanz bedeutet im Allgemeinen, dass der Wohlstand der Eigentümer verringert wird. Nicht nur der Abriss von Gebäuden ist so zu interpretieren, sondern auch die Einschränkung von Bau- und Nutzungsrechten bedeutet die Vernichtung realer Werte für die Eigentümer, selbst wenn dies durch die ohnehin stattfindende Abwertung im Schrumpfungsgebiet relativiert wird. Die Schlechterstellung eines Einzelnen zugunsten der Allgemeinheit ist ein Grundproblem staatlicher Machtausübung und steht im Konflikt mit den verfassungsmäßigen Grundrechten jedes Bürgers. Das Planungsrecht sieht für solche Fälle eine ausgleichende Entschädigung für Betroffene vor, die sicherstellt, dass die Eigentümer keine wirtschaftlichen Nachteile durch den gewünschten planerischen Eingriff haben. Ein Abriss eines technisch intakten Gebäudes kann gegen den Willen des Eigentümers nur durchgeführt werden, wenn die Gemeinde dies selbst finanziert und Entschädi-

gung zahlt. Dies folgt der Logik, dass individuelle Nachteile durch die Vorteile für die Allgemeinheit aufgewogen werden und somit ausgeglichen werden können. Das Resultat ist, dass es einen Wohlstandsgewinn für die Allgemeinheit gibt, ohne dass jemand schlechter gestellt worden ist. Dieses Konzept der Pareto-effizienten Wohlstandssteigerung ist durchführbar in einer Ökonomie im Wachstum.

Die Schrumpfung allerdings folgt einer anderen Logik. Anstelle des Nettogewinnes tritt ein Nettoverlust an Wohlstand (Wertverluste, Statusverluste, Qualitätsverluste). Eine Maßnahme, die die Schrumpfung begleitet, finanziert sich nicht selbst. Selbst wenn Verluste minimiert werden, bleiben Verluste.

Die Gemeinde, die es als sinnvoll erachtet rückzubauen, steht nun vor einem Durchführbarkeitsproblem. Sie ist aus finanziellen Gründen auf die Kooperation mit Eigentümern angewiesen. Kooperationen beruhen auf der Übereinkunft zwischen den beteiligten Partnern. Ob es möglich ist zu einer Einigung zu kommen, hängt von den Interessen der Beteiligten ab. So mag ein Projekt unter Mitwirkung eines Großbesitzers (z.B. Wohnungsbaugesellschaft) durchführbar sein, da die Zahl der Verhandlungsparteien sowie die Interessen überschaubar und vereinbar sind. Mit der Zahl der Betroffenen steigt auch die Zahl der Interessen. Zum Beispiel mag es realistischer sein mit einer Wohnungsbaugesellschaft über den Abriss eines schlecht besetzten Wohnblockes zu einer Übereinkunft zu kommen als mit den Besitzern von Eigentumswohnungen, die evtl. selbst darin wohnen und deren Wohnungen in gutem baulichem Zustand sind. Hier kann nicht auf Kooperation gehofft werden. Lediglich ein kostenintensiver Rückbau gegen den Willen der Besitzer und/oder Einwohner ist rechtlich möglich. Planerisch sinnvolle Maßnahmen können durch finanzielle Not verhindert werden und Kompromissmaßnahmen aus Machbarkeitsgründen durchgeführt werden.

Nicht nur der Rückbau selbst, sondern auch der Baurechtentzug zur Verhinderung einer Nachnutzung eines Rückbaugebietes wirft Probleme auf. Das geltende Recht sieht Baurechtentzug als temporär, nicht als permanent an. Begründet ist dies darin, dass ein permanenter

Baurechtentzug ein Eingriff in das Besitzrecht des Eigentümers ist. Der Wert von Land wird auch durch die damit verbundenen Rechte bestimmt. Ein Entzug kommt somit einer teilweisen Enteignung gleich und widerspricht im Allgemeinen dem Grundrecht auf Eigentum.

Die Folge der beschriebenen Rechtslage ist, dass die Eigentümer bei gegebener finanzieller Beschränktheit der Gemeinde die starke Akteure in der Schrumpfungs-Planung sind. Ohne deren Kooperation ist Rückbau nicht möglich. Die Durchführung einer ein geschlossenes Gebiet umfassenden Maßnahme kann durch einzelne verhindert werden. Ergänzt man die oben genannten Punkte um den zeitlichen Horizont der Planung, muss beachtet werden, dass vorausschauende langfristige, nachhaltige Planung zusätzliche Schwierigkeiten in sich birgt. So kann von Eigentümern umso weniger Kooperationsbereitschaft erwartet werden, je weniger der Niedergang eines Gebietes fortgeschritten ist. Eine langfristige Schrumpfungsplanung mit den damit verbundenen geringeren sozialen Kosten ist schwer durchführbar.

Das Resultat obiger Überlegungen ist, dass dem Schrumpfungsprozess eine Planungsunfähigkeit entgegensteht, die darauf beruht, dass sinnvolle Maßnahmen aus rechtlichen Gründen nicht durchführbar sind. Es besteht ein Rechtskonflikt zwischen Bürger und Staat. Dieser Konflikt wird momentan durch finanzielle Mechanismen gelöst, welche aber nur im Wachstum funktionieren können. In der Schrumpfung erhält ein Eigentümer aufgrund der finanziellen Not der Gemeinde Machtvorteile, die die Planung zum Stillstand zwingen können. Begründet ist dies in dem verfassungsmäßigen Grundrecht auf Eigentum, welches auch die Planung zu respektieren hat. Aber ist es angesichts der drängenden Probleme der Gemeinden nicht notwendig hier der Allgemeinheit mehr Macht zuzusprechen, um langfristige Planungen zu ermöglichen, die die negativen Auswirkungen der Schrumpfung im Vorfeld minimieren können?

Man muss hierbei beachten, dass eine Ausweitung der Befugnisse der Planung neben der Beschneidung individueller Rechte auch ein Eingriff in einen der Grundpfeiler des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems

darstellen würde. Eigentumsrechte und die damit verbundene Sicherheit ermöglichen erst wirtschaftlich effizientes Handeln - auf individueller sowie auf gesellschaftlicher Ebene. Eingriffe hier verringern die Planungssicherheit wirtschaftlicher Akteure und haben so unabsehbare negative Folgen für die Allgemeinheit.

Für die Ausweitung planerischer Macht spricht, dass die Planung als Vertreter des Gemeinwillens die negativen Folgen in der Summe minimiert und dafür Sorge tragen kann, dass die negativen Folgen gerecht verteilt werden, so dass Individuen nicht mehr Verlust erleiden als die Allgemeinheit. Ist dieses zu erwarten?

Betrachtet man die Planung und den Planungsprozess, so sieht man, dass die wichtigsten Entscheidungen von Politikern getroffen werden. Setzt man ein Handeln der politischen Akteure voraus, welches es Ihnen ermöglicht ihr politisches Amt zu behalten, so kann damit gerechnet werden, dass tendenziell die Interessen der wählenden Mehrheit vertreten werden. Minderheiten werden an den Rand gedrängt. Hierdurch wird die Vertretung der Allgemeinheit durch die Planung fraglich, und es ist somit unwahrscheinlich, dass der gerechte Ausgleich der Lasten der Schrumpfung stattfinden kann. Vielmehr ist es abzusehen, dass die Mehrheit die politischen Vertreter dabei unterstützt, die negativen Effekte auf Kosten anderer zu minimieren.¹⁶

Der hierbei entscheidende Aspekt ist der räumliche: Die Bevölkerung ist im Allgemeinen nicht homogen verteilt, sondern soziale Schichten und Gruppen segregieren. Dies führt zu deren räumlicher Konzentration. Eine Auswahl eines Schrumpfungsbereiches kann so die Auswahl einer Bevölkerungsgruppe sein. Hier ist die Gefahr zu sehen, die durch die Ausweitung der Macht der öffentlichen Planung entsteht. Gerade das Instrument, das zu einem Ausgleich von Wohlfahrtsverlusten führen soll, kann deren Ungleichverteilung bewirken, indem Angehörige von Minderheiten sich im Planungsprozess nicht mehr uneingeschränkt auf

¹⁶ Auf den Einfluss von Lobbyisten und persönlicher Interessen der Volksvertreter wird hier nur hingewiesen. Diese Faktoren unterstützen jedoch die hier dargestellte Argumentation.

individuelle Rechte berufen können.

Wie kann das Dilemma gelöst werden? Es liegt nahe hier auf die Bürgerbeteiligung in der Planung zu verweisen. Ähnlich dem auf dem Gegenstromprinzip der bundesrepublikanischen Planung beruhendem Interessenausgleich könnte eine direkte Planungsbeteiligung der betroffenen Bürger zu einem besserem Interessenausgleich führen. Jedoch besteht besonders für schwache Akteure, die nicht organisiert sind, wenig Einflussmöglichkeit auf die Planung. Die rechtlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung beschränkt sich auf die Information der Bürger und lediglich die formelle Einbeziehung derer Eingaben kann ausreichend sein um den rechtlichen Forderungen zu genügen. Kommt es zu wirklichen Interessenkonflikten zwischen Planung und Bürger¹⁷, dann ist die Planung am längeren Hebel.

Eine funktionierende Bürgerbeteiligung müsste diesem wirkliche Planungsmacht an die Hand geben. Dies wird umso wichtiger, je unmittelbarer jemand betroffen ist.

Dennoch bleibt der Grundkonflikt so bestehen, den es aufzulösen gilt: die Überwindung des Stillstands. Eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung muss zu einem Machtausgleich zwischen den planungsstarken Akteuren und den planungsschwachen Akteuren im Sinne der Allgemeinheit führen und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der Planung ermöglichen. Die Entwicklung derartiger Instrumente stellt keine triviale Aufgabe dar. Planungsbeteiligung erfordert u.a. Kenntnisse über das Planungssystem, Finanzen und geplante zukünftige Entwicklungen. Die Praxis zeigt, dass Bürgerbeteiligung die Gefahr läuft, dass durch dieses Instrument Macht lediglich an diejenigen verteilt wird, die über geeignete Informationen, Zeit und Motivation verfügen. Randgruppen, die auch nicht über die üblichen Medien und Aufklärungsformen angesprochen werden, können so strategisch übervorteilt werden. Besonders jene Gruppen, die politisch

unorganisiert sind oder Personen, die sich keiner Gruppe zugehörig füh-

¹⁷Der gemeinte Bürger ist selbstverständlich kein Eigentümer

len, finden sich in einer machtlosen Position angesichts dessen wieder. Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigt, dass hier eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung im Zuge der Individualisierung der Lebensstile stattfindet und darüber hinaus eine sozio-ökonomische Polarisierung der Gesellschaft beobachtet werden kann. Dies bedeutet, dass die Minderheiten zunehmen. Je nach Gemengelage im Planungsgebiet kann dies dazu führen, dass bestehende Machtverhältnisse sich verfestigen und Minderheiten die Verlierer sind.

Derartige Risiken müssen beachtet werden, wenn es darum geht die Planung gegenüber dem Individuum zu stärken. Derartige Eingriffe in die Grundrechte des Individuums erfordern eine besondere Legitimation, die nicht durch den Verweis auf die das demokratische System und die bestehenden Mechanismen zur Legitimation von Machtausübung erfolgen kann. Die hier aufgezeigte Schwäche der Planung im Schrumpfungsprozess muss im Sinne der Allgemeinheit behoben werden. Eine weitergehende Demokratisierung der Planung könnte die Basis dafür schaffen, dass dies ermöglicht wird. Jedoch ist es fraglich, dass dieses stattfinden kann, wenn die Instrumente hierzu in einer Logik wurzeln, die Minderheiten und Verhältnisse in der heutigen (und vielmehr) zukünftigen pluralistischen Gesellschaft ignoriert.

Literatur:

- [1] „BauGB -Baugesetzbuch“. Deutscher Taschenbuch Verlag. 33. Auflage 2002
- [2] Schmidt-Eichstaedt, Gerd. „Stadtumbau: Neue Aufgabe -Alte Instrumente?“. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 10/11.2003

Katja Friebe

Ökologischer Stadtumbau - Recycling eines alten Leitbildes für schrumpfende Städte?

Ob Engels, E. Howard, Le Corbusier, die Leitbilder der gegliederten und aufgelockerten Stadt oder der ökologischen Stadterneuerung, sie alle wollten die Lebensqualität der Menschen in den Städten verbessern und den Bezug zur natürlichen Umwelt wiederherstellen. Ungebremstes Wachstum und kurzfristiges Denken aber haben viel zu lange die Planungspolitik dominiert. Schrumpfende Städte könnten nun zum Ausdruck einer gewandelten Lebens- und Denkweise avancieren und damit ihre Attraktivität zurückerlangen.

Klimawandel in der Stadtwüste?

Eigentlich müsste man meinen, Städte werden für die in ihnen lebenden Menschen gebaut. Und doch wird die seit Beginn der Industrialisierung in neuem Maßstab einsetzende, rasche Verstädterung von Anfang an begleitet von einer Kritik der „Unwirtlichkeit der Städte“. Diese bezieht sich auf verschiedene Dimensionen: zum Einen auf städtebauliche Mängel, seien es das „Moloch“ der Großstadt in der Gründerzeit oder die städtebaulichen Gegenentwürfe der 50er und 60er Jahre, die zum Verlust der bis dahin nicht bewusst wahrgenommenen städtischen Umwelt, der Urbanität, führen. Zum anderen evozieren die städtischen Lebensbedingungen soziale Probleme auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Dazu zählen Segregation und Gentrification genauso wie die Hektik, Einsamkeit, Anonymität, Orientierungslosigkeit, die neben Soziologen wie Georg Simmel (1858-1918) auch von den Expressionisten aufgegriffen und zu verstörenden Gedichten und Bildern verarbeitet werden. Eine besondere Dimension aber nimmt die von den Städten – trotz und vor allem wegen des technischen Fortschritts – verursachte Umweltbelastung ein. Schon in der Hochphase der Industrialisierung dämmte die Kritik an der lebensfeindlichen, gebauten Umwelt die Fort-

schrittseuphorie. Waren davon damals jedoch vorwiegend Arbeiter betroffen, müssen wir heute mit der Erkenntnis leben, dass nicht mehr nur einzelne Bevölkerungsschichten oder Stadtteile, sondern unsere gesamte Umwelt ubiquitär belastet ist.

Stadtplaner, Gemeinden, Kommunen, Investoren und nicht zuletzt der Staat können sich nun einer neuen Herausforderung stellen. In einer Zeit, in der Begriffe wie Wohnungsnot oder Wohnraumknappheit seit langem *ad acta* gelegt sind, sollte die Maxime des quantitativen Wachstums durch qualitatives Wachstum abgelöst und den bisher unberücksichtigten ökologischen Kosten unserer Lebensweise Rechnung getragen werden.

Erst seit wenigen Jahren ist die in vor allem in Ostdeutschland fortschreitende Schrumpfung von Städten und ganzen Regionen politikfähig, obwohl die Realität schon seit langem andere Zahlen schreibt. Doch die Entwicklung, für die der Grundstein in Westdeutschland schon in den 70er Jahren gelegt wurde, ist schleichend. Zudem ist das Phänomen der Schrumpfung in der herrschenden Wirtschaftsordnung, die auf Wachstum ausgelegt ist, allseits gefürchtet und dementsprechend negativ besetzt. So werden lieber fleißig umliegende Ortschaften eingemeindet, um die Bevölkerungszahl auf dem Papier konstant zu halten, immer neue Bürogebäude errichtet, nach denen kein Hahn mehr kräht oder das Problem totgeschwiegen, anstelle die prekäre Situation zu akzeptieren und als Chance zu begreifen. Vielleicht war das Versprechen der blühenden Landschaften ganz anders gemeint?

Von der Ökologie zur Nachhaltigkeit

Zumindest träumten davon in den 70er und 80er Jahren schon etliche Fortschrittsoptimisten, die das Leitbild des ökologischen Stadtbbaus begründeten. Aufgeschreckt durch überregionale Umweltkatastrophen wie den „sauren Regen“ oder knapp zehn Jahre später das Reaktorunglück von Tschernobyl sowie das Algenwachstum und Robbensterben in der Nordsee entwickelte und manifestierte sich seit Ende der 70er Jahre

ein Umweltbewusstsein in der Bevölkerung, das sich politisch in den zunehmenden Wahlerfolgen der GRÜNEN widerspiegelte. Anfang der 80er Jahre wurde die ökologische Krise auch in der Stadtplanungs- und Architekturdebatte aufgegriffen. Mit dem Begriff der „Stadtökologie“ erweiterte man den aus der Biologie stammenden Terminus der Ökologie, der sich auf Pflanzengesellschaften beschränkt, um den menschlichen Einfluss auf das natürliche Kreislaufsystem der Natur als Teil ebendieser. „Der Mensch galt nun als Teil der Natur und damit als schicksalhaft den Bedingungen des nichtmenschlichen Daseins unterworfen. Damit wurde konzidiert, dass die Zerstörungen, die der Mensch der Natur zufügt, auf ihn als Teil des Naturganzen zurückwirken und er aus eigenem egoistischen Interesse heraus der Naturzerstörung entgegenzuwirken habe.“ (Betker 1992: 74) Die neue Forschungsrichtung der „Stadtökologie“ gründete sich auf der Ökosystemforschung und reagierte auf die von der zunehmenden Verstädterung ausgehende Umweltbedrohung.

Erste Projekte der Wohnumfeldverbesserung, Verkehrsberuhigung und Stadtbegrünung ergänzten die „behutsame Stadterneuerung“ und verbanden sich mit ihr zur „ökologischen Stadterneuerung“. Man griff die Demokratisierungsbestrebungen und Bürgerbewegung der 70er Jahre auf und postulierte die Bewohnerbeteiligung betroffener Stadtteile als einen der zentralen Bestandteile ökologischen Stadtumbaus. Zum ersten Mal sah man Stadtentwicklung als eine integrative Aufgabe, bei der Interessen der Ökonomie, Ökologie und des Sozialen gleichermaßen berücksichtigt und gegeneinander abgewogen werden sollten.

Doch die ökologische Stadterneuerung wurde nur zögerlich angenommen und erst Ende der 80er Jahre in einzelnen Projekten umgesetzt. Die Schwierigkeit bestand darin, dass zwar einzelne Ökohäuser auf der grünen Wiese oder ökologische Neubausiedlungen realisierbar waren, jedoch die Umsetzung einer umwelt- und lebensgerechten Bauweise in bestehenden Siedlungen oder gar Großstädten aufgrund von Interessenskonflikten und finanziellen Engpässen der Kommunen auf vielfältigen Widerstand stieß.

Der ganzheitliche Ansatz, städtische Funktionen im Gesamtzusammenhang zu sehen, findet sich jedoch im Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ wieder, das 1987 die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung erarbeitete („Brundtland-Report“). Auf der fünf Jahre später tagenden Rio-Konferenz verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten zur Erarbeitung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien, deren Entwurf die Bundesregierung in Deutschland 2002 verabschiedete. Neben diesem nationalen Rahmenprogramm entstand auf der Konferenz die so genannte „Agenda 21“, ein „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“, deren wesentlicher Ansatz die Integration von Umweltbelangen in alle Politikbereiche ist. Die Kommunen bekamen den Auftrag, jeweils ihre eigene „Lokale Agenda 21“ zu erarbeiten, wobei der Anspruch in der Verknüpfung sozialer, ökonomischer und ökologischer Handlungskonzepte für die Gesamtstadt liegt und damit auf den Ansatz des ökologischen Stadtumbaus zurückgreift.

Blühende (Stadt-) Landschaften

Nun hat sich in Deutschland (und der gesamten EU) eine der Grundbedingungen der Studien zur Nachhaltigkeit und Auslöser des ersten Berichts des Club of Rome („Grenzen des Wachstums“) in das Gegenteil gekehrt. Anstelle des exponentiellen Bevölkerungswachstums sehen wir uns heute mit einem regelrechten Bevölkerungsschwund konfrontiert. Obwohl in Deutschland schon seit mehr als dreißig Jahren die Zahl der Sterbefälle die der Geburten übersteigt, konnte der Verlust zunächst mittels Zuwanderung ausgeglichen werden. Abgesehen von den damit verbundenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen, die noch heute im Raum stehen, müssten sich aber die Zuwandererzahlen pro Jahr bis 2050 mehr als verdoppeln, um das Bevölkerungsniveau langfristig annähernd konstant zu halten. Daher ist abzusehen, dass das Problem der schrumpfenden Städte – das momentan vor allem Ostdeutschland erschüttert, in gut zehn Jahren voraussichtlich aber auch den Westen trifft – kein Alptraum ist, aus dem die Kommunen morgen wieder aufwachen, sondern langfristiger Bewältigungsstrategien bedarf.

Angesichts der mit der Schrumpfung einhergehenden bzw. parallel verlaufenden Entwicklung der Verödung der Innenstädte, brachliegender Industrie- und Gewerbeflächen, verwaister Wohngebiete und sozialer Desintegration muss dem Erhalt der Lebensqualität in den Städten eine Schlüsselrolle zugewiesen werden, um neben Überalterung die Bevölkerungsverluste durch Abwanderung nicht zu kummulieren. Damit zeigt sich eine Parallele zum Ansatz einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung der Agenda 21, der auf der Habitat II 1996 in Istanbul vertieft wurde und das Wachstum nicht mehr in den Vordergrund stellte, sondern in den Dienst der Lebensqualität in den Städten. Bereits existierende Leitbilder wie „Stadtverschlinkung“, „Lean City“ oder „Entdichtung“, die versuchen, den Rückbau schmackhaft oder zumindest gesellschaftlich akzeptabel zu machen, sollten daher im Sinne der Nachhaltigkeit erweitert werden und können dabei auf die Ideen des ökologischen Stadtumbaus zurückgreifen.

„Die Vision ist das Bild von einer ökologischen Natur, das es auf die Lebenswelt des Menschen zu übertragen gilt. Im Rückblick auf das Unheil, das der Fortschritt, mithin Naturwissenschaft und Technik, angerichtet hat, beruht die Vision auf einer Kritik an Wissenschaft, Zivilisation und Fortschritt, denen Vernetzung, Ganzheitlichkeit, Kreisläufe und vor allem Bewahrung entgegengestellt werden.“ (Betker 1992: 76)

Grundsätzlich konzentrieren sich die Überlegungen der ökologischen Stadterneuerung wie auch der schrumpfenden Stadt auf die dicht bebaute Innenstadt, deren Funktionsmischung zu stabilisieren und deren Dichte zu reduzieren ist. Angesichts der ungebremsten Nachfrage nach Eigenheimen müssen auch in der Innenstadt Wohnungen mit ähnlichen Qualitätsmerkmalen bereitgestellt werden, um den Exodus finanzkräftiger Schichten zu bremsen und den Gebäudebestand erhalten zu können. „Mut zur Lücke“ haben beispielsweise Leipziger Stadtplaner, die im Rahmen des Ideenwettbewerbs Stadt 2030 das Leitbild der „perforierten Stadt“ entwickelten, das als eine Weiterentwicklung des Modells der „europäischen Stadt“ verstanden werden will und anstelle baulicher Dichte mehr Freiraum bietet. Ein Hirschgehege auf einer innerstädti-

schen Branche wird da schon einmal zur Realität. Floß bisher die Stadt in die Landschaft, so soll nun das Land in die Stadt gezogen werden und die Wohn- sowie Wohnumfeldqualität steigern. Denn Grün ist bekanntlich nicht nur gut für die Psyche, sondern führt auch zu einer Verminderung der Belastung durch Schadstoff- und Lärmimmissionen.

Die Konsequenz daraus sollte aber nicht in der Fortführung des „end of pipe“ – Prinzips liegen. Vielmehr sieht der ökologische Stadtumbau den Aufbau lokaler Kreislaufwirtschaften vor, der die derzeitige Überlastung des Umlandes durch die Stadt aufhebt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und wieder stärkt. Gesamtstädtisch ist eine dezentral integrierte, polyzentrale Stadtstruktur vorgesehen, was z.B. im Entwicklungskonzept für Schwerin bereits aufgegriffen wurde. Ziel ist es, mittels kleinräumlicher Strukturierung und reichhaltiger Differenzierung Bauwerke funktionell in Ökosysteme einzubinden und diese gleichzeitig zu sichern. Das geht einher mit Forderungen zur Einschränkung oder Vermeidung zusätzlichen Flächenverbrauchs, zur weitestgehenden Aufhebung der Bodenversiegelung sowie zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und des Rohstoff- und Energieverbrauchs. Es sollten verstärkt Investitionen in Wirtschaftsbereiche, Siedlungsformen und Produktionsweisen getätigt werden, die die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen mittel- und langfristig erhalten.

Qualitatives Wachstum wird auch bereits von Städten angestrebt, die noch nicht an Schrumpfungsprozessen kranken und sich wie z.B. Hamburg das Leitbild „wachsende Stadt“ setzen. Angesichts der verstärkten Standort- und Städtekonkurrenz des postindustriellen Zeitalters, bei der Städte mit Unternehmen verglichen werden und aktive Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielt, ist es nicht neu, dass neben harten auch weiche Standortfaktoren eine Bedeutung erlangt haben. Das Konzept des Senats von Hamburg zählt dazu auch die Attraktivität der Stadt, die u.a. eine intakte Umwelt ausmacht, und sieht folglich die nachhaltige Entwicklung als eine Rahmenbedingung für Wachstum an. Natürlich ist dieser Ansatz ebenso auf die Einwohner übertragbar, deren Lebensstile sich ausdifferenzieren und deren Freizeit stetig steigt. Wer die Möglich-

keiten besitzt, steigert seine Wohn- und damit Lebensqualität. Und diese wird vor allem von jungen Familien im suburbanen Raum nach wie vor als wesentlich höher eingeschätzt.

Für die Stadtplanung stellt sich die Aufgabe, die in den 90er Jahren in Deutschland vorherrschende Projektorientierung („Projekte statt Planung“) zu ersetzen durch die in der aktuellen europäischen Planungsdiskussion bevorzugte Herangehensweise im Sinne von „Projekte und Planung“. Nachhaltige Entwicklung ist nicht von heute auf morgen umzusetzen, sondern nur auf einer mittel- bis langfristigen Zielebene realistisch. Das längst nicht mehr neue Instrument der Bürgerbeteiligung sollte bei der Projektarbeit eingebunden werden, da die bisherige Praxis zahlreiche Erfolge aufweisen kann, wie z.B. der Städtumbau in Leinefelde, bei dem durch Einbindung der Bewohner in die Projekte eine höhere Akzeptanz der Planung und stärkere Identifizierung mit der Stadt erreicht und die Abwanderung gebremst werden konnte. Gerade durch die kleinparzellige Eigentümerstruktur in Altbaugebieten ist es unwahrscheinlich, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Daher muss eine Vielzahl kleinerer Projekte nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen gegeneinander abgewogen und miteinander vernetzt werden.

Grenzen der Nachhaltigkeit

Dass gerade in der Ganzheitlichkeit des Ansatzes einer nachhaltigen Entwicklung die Schwierigkeit liegt, zeigt eine Fallstudie zur ökologischen Stadterneuerung in Saarbrücken (siehe Betker 1992). Das ökologisch orientierte Entwicklungsprogramm konnte nicht in Einklang gebracht werden mit marktgerechtem Städtebau und Wirtschaftsförderung, vielmehr wurden die ökologischen Aspekte verkürzt und instrumentalisiert sowie integrierte Lösungen aufgrund der mangelnden Vernetzung einzelner Fachressorts nicht umgesetzt.

Hierbei handelt es sich um ein Beispiel der Stadtplanungspolitik vom Ende der 80er Jahre. Mittlerweile ist die Notwendigkeit einer nachhaltigen

gen Entwicklung auf der Welt und vor allem in den Industrieländern unumstritten und fand 1998 auch Eingang in das deutsche Raumordnungsgesetz. Paradox aber erscheint es, dass der Landschaftsverbrauch weiter steigt und heute noch immer 93 Hektar pro Tag für Siedlungs- und Verkehrsfläche in Anspruch genommen werden. Damit einher geht die Zerschneidung noch bestehender Freiflächen und Freiräume und die Verinselung ökologisch wichtiger Rückzugs- und Erholungsräume. Es werden auch in Zukunft Milliarden von Euro für die Investition in den Straßenbau geplant, obwohl die Fahrleistung (Personen-Kilometer) seit 1999 abnimmt und sich diese Entwicklung angesichts der fortschreitenden Überalterung unserer Gesellschaft vermutlich nicht mehr umkehrt. Der Flächenfraß durch Eigenheimsiedlungen wird politisch noch immer unterstützt, solange die Opposition gegen die Streichung der Förderung opportuniert.

Gegenüber dieser Entwicklung erscheint der Nachhaltigkeitsanspruch wie eine Farce. Begriffe wie „Ökologie“ oder „Nachhaltigkeit“ greifen zwar und vor allem in den letzten zehn Jahren um sich wie ein Lauffeuer, sind aber degeneriert von inhaltlicher Komplexität zu Schlagwörtern ohne Durchsetzungskraft. Sie besitzen programmatischen Charakter, der nur im Idealfall umgesetzt wird. So heißt es beispielsweise in der Bewertung der ökologischen Aspekte für das Schrumpfungskonzept der Stadt Schwerin, die 1997 mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg den Agenda 21-Prozeß einleitete: „[...] Mit den Umweltqualitätszielen entstand eine Auflistung von ökologischen Maßnahmen und Zielen. Zwar sind diese im Wesentlichen mit anderen städtischen Konzepten abgestimmt worden, durch den Mangel an einer echten und gleichgewichtigen Zielkonfliktbearbeitung mit den anderen Bereichen sind sie aber im Zweifelsfall wertlos. [...]“ (Faber, Hanauer 2003)

Problematisch ist, dass der Städtebau seit jeher ökonomisch determiniert ist und damit ein eher kurzfristiges Denken einhergeht. Endliche Ressourcen wie saubere Luft, reines Wasser, Boden und fossile Energien stehen nahezu kostenlos zur Verfügung und werden in der wirtschaftlichen Rechnung nicht angeführt. Für Eingriffe in die Umwelt sind

Ausgleichsmaßnahmen staatlich reglementiert, die aber nicht die Ursache des Problems, sondern lediglich dessen Folgeschäden beheben. Langfristig aber leben wir damit auf Kosten der Natur. Um einmal aus dem Wortschatz der Ökonomen zu schöpfen, müssen „externe Kosten internalisiert“ werden. Dass das trotz stets anfänglicher Widerstände der Umweltpolitik in manchen Punkten schon gelungen ist, zeigen beispielsweise das Immissionsschutzgesetz, die Abwasserabgabe, der Katalysator für PKW, die Ökosteuer und der Immissionshandel.

Das sich hierbei zeigende Durchsetzungsvermögen ökologischer Belange zeugt bereits von einer sich ändernden Denkweise, die dem Primat der Ökonomie einen steigenden Anspruch an Lebens- und Umweltqualität entgegensetzt. Der Entwurf Leipzigs im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Stadt 2030“, der neben 19 anderen ausgewählten Stadtentwicklungsprojekten nun in einem Forschungsvorhaben umgesetzt werden soll, nimmt dabei eine Vordenkerrolle ein. Schrumpfende Städte müssen sich auch in Zukunft nicht verstecken.

Literatur:

Altrock, U., Schubert, D. (Hrsg.) (2004): Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision? Wiesbaden

Betker, F. (1992): Ökologische Stadterneuerung. Ein neues Leitbild der Stadtentwicklung? Aachen

Grohé, T., Ranft, F. (1988): Ökologie und Stadterneuerung. Anforderungen, Handlungsmöglichkeiten und praktische Erfahrungen. Köln

IÖW gGmbH, VÖW e.V. (Hrsg.): Schriftenreihe „Ökologisches Wirtschaften“ Nr. 6/ 2004, Nr. 5/ 2004, Nr. 3-4/ 2003

Wiechmann, T., Leimbrock, H., Lintz, G. (2004): Chancen und Grenzen kooperativer Strategien für einen ökologischen Umbau in Europa. Pilotstudienbericht. IÖR-Texte Nr. 146. Dresden

Im Internet:

Faber, S., Hanauer, A. (2003): Schwerin – Strategien einer schrumpfenden Stadt.
(<http://www.thilolang.de/projekte/sdz/magazin/0308faber.htm>)

Ganser, K. (2004): Instrumente für den „Wandel ohne Wachstum“.
(<http://www.thilolang.de/projekte/sdz/magazin/0402/9ganser.htm>)

Liebmann, H. (2004): Stadtumbau Ost: Umdenken erforderlich.
(<http://www.thilolang.de/projekte/sdz/magazin/0402/8Liebmann.htm>)

Rietdorf, W., Peickert, U. (2004): Zukunftssicherung: Von der schrumpfenden Stadt zur Bio-Solar-City. Eine Chance. (www.schrumpfendestadt.de)

Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt (Hrsg.) (2004): Leipzig 2030.
(<http://www.leipzig.de/de/extern/leipzig2030/index.asp>)

www.stadt2030.de

www.schrumpfende-stadt.de

www.stadtumbau-ost.de

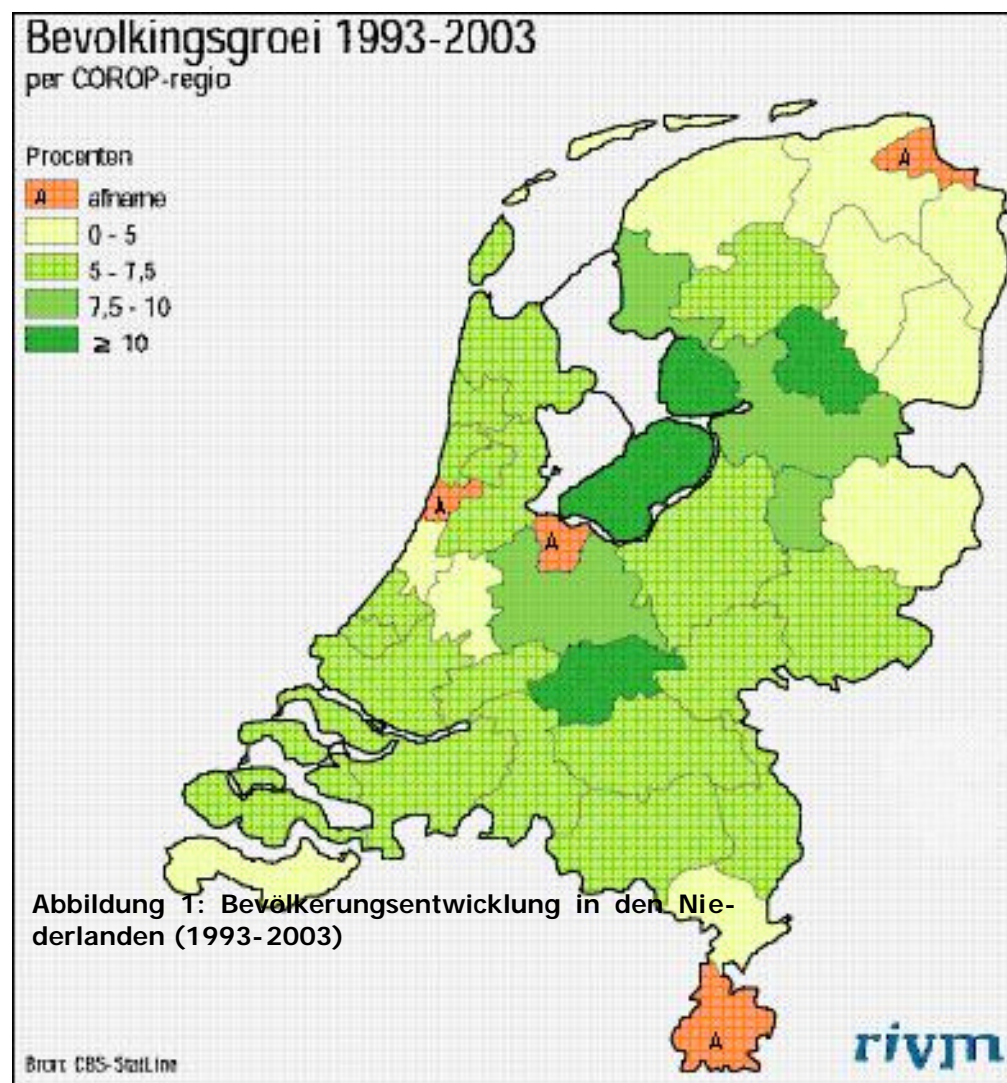
www.sta-dte-der-zukunft.de

www.nabu.de

Ritske Dankert

Das schrumpfende Paradies der Raumplaner - Was können die Niederländer von Deutschland lernen?

Schrumpfende Städte? Aber Städte wachsen doch immer? Das war eine der Reaktionen, als ich Freunde aus den Niederlanden sagte an einem Seminar über dieses Thema in Berlin teilgenommen zu haben. "Nein, Städte wachsen nicht immer" muss die Antwort heißen.



Im Osten Deutschlands gibt es zurzeit Städte, die mit enormen Bevölkerungsverlusten zu kämpfen haben. Die Stadt Halle hat zum Beispiel zwi-

schen 1992 und 2001 ein Fünftel der Gesamtbevölkerung verloren (Schädlich, 2004). Sollte das in Den Haag stattfinden, könnte man das ganze Stadtteil "Zentrum" ausradieren. Man könnte behaupten Ostdeutschland sei ein Sonderfall da durch die Wende ein totaler Strukturumbruch stattgefunden hat. Das ist aber nur zum Teil Ursache des Problems. Auch in Westdeutschland und sogar in den Niederlanden gibt es jetzt schon Beispiele von schrumpfenden Städten. Städte wie Essen und Bremen sind Beispiele aus Westdeutschland.

In den Niederlanden ist Delfzijl ein Beispiel einer schrumpfenden Stadt. Diese Stadt hat zwischen 1992 und 2001 7,6% seines Einwohners eingebüßt (CBS, 2004). Das ist zwar nicht so viel wie etwa in Halle, aber trotzdem sorgt es für Probleme. Übrigens ist Delfzijl in den Niederlanden kein Sonderfall. Auch ganze Regionen schrumpfen, obwohl die Darstellung dieser Entwicklung vom *Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu* (RIVM, 2004) im Internet noch optimistisch "Bevölkerungswachstum" heißt (Abbildung 1).

In diesem Essay möchte ich beschreiben, inwiefern die Situation aus Ost- und Westdeutschland auch in den Niederlanden aktuell ist, oder in die Zukunft existieren wird, und was die niederländischen Planer von ihren deutschen Kollegen lernen können. Zunächst möchte ich aber auf die Historie der Schrumpfung eingehen, damit klar wird, dass schrumpfende Städte eigentlich gar nicht so ungewöhnlich sind wie man denken würde.

Geschichte der Schrumpfung

Durch unterschiedliche Krisen hat es schon immer schrumpfende Städte gegeben. Der Niedergang des Römischen Reichs im 4. bis 7. Jahrhundert hat zum Beispiel dafür gesorgt, dass die schrumpfenden Städte ihre Kontinuität meistens nicht mehr erhalten konnten (Benke, 2004). Etwas später in der Geschichte waren es Epidemien, Stadtbrände, Kriege oder andere Krisen, die dafür gesorgt haben, dass Städte und Dörfer geschrumpft sind. Ohne die Zuwanderung aus die Dörfer, wären Städte

seit dem Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert immer schrumpfende Städte. Die niedrige Lebenserwartung in den Städten könnten nur durch diese Zuwanderung ausgeglichen werden (Benke, 2004).

In der frühen Neuzeit waren besonders monofunktionale Städte von Schrumpfung betroffen (Benke, 2004). Ein gutes niederländisches Beispiel ist Leiden. Diese Stadt konzentrierte sich im 17. Jahrhundert auf das Textilgewerbe. Als für die produzierten Textilien keine Nachfrage mehr bestand, nahm die Einwohnerzahl der Stadt von 70.000 auf 29.000 ab.

Seit der industriellen Revolution wachsen die meisten Städte. Es gibt jedoch auch hier noch immer Schrumpfungen und Stagnationen (Benke, 2004). Textil- und Bergbaustädte haben zum Beispiel unter den industriellen Strukturumbruch gelitten. Auch Städte, die keinen Anschluss an die Eisenbahn fanden, sind meistens gar nicht oder nur wenig gewachsen. Und auch manche Städte, die zuerst noch von der industriellen Revolution profitiert hatten, haben später Probleme bekommen, insbesondere wenn sie ein "einseitiges Wirtschaftsprofil" hatten (Benke, 2004).

Die Frage, ob schrumpfende Städte ein neues Phänomen sei, ist mit diesem kurzen Überblick bereits ausreichend beantwortet: Das Phänomen der Schrumpfung war schon immer da. Auch wenn man nur die Zeit seit der industriellen Revolution betrachtet treten immer wieder Schrumpfungsprozesse auf. Seit dem Fall der Berliner Mauer haben vor allem die Städte in der ehemaligen DDR mit großen Bevölkerungsverlusten zu kämpfen.

Ursachen der Schrumpfung in Ostdeutschland.

Biologische, politische, ökonomische und soziale Faktoren beeinflussen den demografischen Wandel in den ostdeutschen Städte (Breitfuss, 2003). Darüber hinaus beeinflussen sich diese Faktoren auch gegenseitig. Herauszufinden was die Schrumpfung einer Stadt oder Dorf verursacht ist also eine komplexe Aufgabe. Christine Hannemann (2003) hat

versucht die Determinanten für Ostdeutsche Städte zu beschreiben.

Infolge der Deindustrialisierung schrumpfen schon seit Ende der siebziger Jahre Städte (Hannemann, 2003). Das gilt nicht nur für die frühere DDR, sondern auch für andere Industriezonen in Westeuropa. Seit der Wende ist das Problem der Schrumpfung in den neuen Bundesländer durch verschiedene Ursachen aber massiv geworden.

Die Städte in Ostdeutschland haben seit der Wende nicht nur mit Deindustrialisierung zu kämpfen, sondern mit einem allgemeinen wirtschaftlichen Strukturabbau (Hannemann, 2003). Die Landwirtschaft kann seit der Wende nur noch einen geringen Beitrag zur Wirtschaftskraft einer Region liefern, die Demilitarisierung bedeutete für viele Städte eine weitere Verschlechterung deren Wirtschaftskraft und auch die De-Administrierung hat für manche Städte zu weniger Arbeitsplätzen geführt. Hannemann (2003) schlägt deswegen vor nicht von Deindustrialisierung, sondern von Deökonomisierung zu reden.

Ein weiteres Problem ist die Alterung der Bevölkerung. Die Deökonomisierung hat die Erwerbsswanderung der jungen, qualifizierten Bevölkerung der neuen Bundesländer zur Folge (Hannemann, 2003). Auch ist die Zahl der Geburten seit der Wende extrem gesunken. Schließlich ist auch die höhere Lebenserwartung ein Faktor, welcher die Alterung in der ehemaligen DDR beschleunigt.

Die DDR hat die Innenstädte jahrzehntelang verfallen lassen. Auch sind kleinere Städte und Dörfer in der DDR-Zeit meistens nicht gewachsen. Man konzentrierte sich auf den Plattenbau in den städtischen Zentren. Bis 1989 verlief die Wanderung der Bevölkerung von den Dörfern in die Städte (Hannemann, 2003). Nach der Wende ist Sub- und Deurbanisierung der Normalfall. Die Deurbanisierung wirkt in Ostdeutschland, im Gegensatz zu "normaler" Deurbanisierung, sozial selektiv. Vor allem die reicheren Bevölkerungsschichten ziehen aus der Stadt heraus. Auch vollzieht sich der Prozess in Ostdeutschland schneller als irgendwo anders (Hannemann, 2003).

Wie weit ist Ostdeutschland?

Die Frage ist nun: "Wie weit ist Ostdeutschland?", oder: "In wiefern sind die Ursachen der Schrumpfung in Ostdeutschland übertragbar auf Westdeutschland und die Niederlande?" Ein politischer Strukturumbbruch, wie er 1989 in Ostdeutschland stattfand, hat offensichtlich nicht in den westeuropäischen Ländern stattgefunden. Viele Schrumpfungsfaktoren, die in Ostdeutschland große Auswirkungen haben, spielen in Westeuropa keine Rolle. Andere haben eine geringere Wirkung. Und es gibt auch Schrumpfungsfaktoren die sowohl, in Ostdeutschland als in Westeuropa eine gleiche Bedeutung haben.

Wie gesagt gibt es für den politischen Umbruch von 1989 in der DDR nach den zweiten Weltkrieg in Westeuropa keine Parallele. Die Deindustrialisierung, die Demilitarisierung und der Rückgang der Landwirtschaft hat in vielen teilen Westeuropas schon am Ende der siebziger Jahre angefangen. Dieser Prozess verläuft in Westeuropa außerdem langsamer. Die administrativen Strukturen der Staaten sind auf alle Ebenen nach 1989 eher ausgebaut als abgebaut worden. Ausnahme ist natürlich die ehemalige westdeutsche Hauptstadt Bonn.

Erwerbswanderungen aus Ostdeutschland beschleunigen dort die Alterung, bremsen aber die Alterung in Westdeutschland. Hier hat Westdeutschland also auch ein Vorteil im Vergleich mit den Niederlanden. Die aufsteigende Lebenserwartung ist in Westdeutschland und den Niederlanden wie in Ostdeutschland präsent. Das Prozess des Geburtenrückgangs verläuft aber wiederum langsamer als in den neuen Bundesländern (CBS, 2004).

Auch die Suburbanisierung findet in Westeuropa schon seit längerer Zeit statt und verläuft außerdem langsamer als in Ostdeutschland. Die politische Verhinderung dieses Phänomens hat es so wie in der DDR nicht gegeben.

Viele der ostdeutschen Schrumpfungsfaktoren spielen auch in Westeuropa eine Rolle. Meistens gehen die Entwicklungen dort aber etwas langsamer voran als in den neuen Bundesländern. Trotzdem haben die

Städte in Westeuropa ein Schrumpfungspotenzial. Mehr noch: Es gibt schon Beispiele von schrumpfenden Städten.

Delfzijl: Beispiel einer schrumpfende Stadt in den Niederlanden

Im Jahr 1982 hatte die Gemeinde Delfzijl 25.379 Einwohner. Seitdem ist die Gemeinde geschrumpft. 1989 wohnten dort bereits fast 2.000 Menschen weniger. Durch eine Zusammenlegung Delfzijls mit einige andere Gemeinden waren es 1990 31.962 Einwohner. Die Schrumpfung setzte sich aber weiter durch. Im Jahr 2003 lebten nur noch 28.972 Menschen in Delfzijl (CBS, 2004).

Die Schrumpfung Delfzijls hat eine lange, und für schrumpfende Städte nicht untypische, Geschichte. In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts gab es sehr optimistische Bevölkerungsprognosen für die Niederlande im Jahr 2000. 21 Millionen Einwohner sollten die Niederlande beim Jahrhundertwechsel haben. Die Politiker wollten deswegen Bevölkerung und Arbeitsplätze in den Norden der Niederlande verlagern, da es dort mehr Platz gab als im Westen des Landes. Auch die Häfen in Delfzijl sollte zum wirtschaftlichen Schwerpunkt ausgebaut werden. In den sechziger und siebziger Jahren wurden also neue Arbeitsplätze realisiert und Wohnungen errichtet.

Unter anderem durch die Ölkrise und die zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes in den siebziger Jahren scheiterte diese Planung aber (RIGO, 2003). Delfzijl konnte weniger Arbeitsplätze als erwartet anbieten und Wohnungen blieben leer stehen. Ab 1982 gab es jedes Jahr mehr Ab- als Zuwanderer (CBS, 2004).

In den neunziger Jahren gab es Umstrukturierungsansätze von der Gemeinde Delfzijl und der Wohnungsbaugesellschaft Arcantis. Als diese scheiterten, hat man zusammen mit der Provinz Groningen eine Entwicklungsorganisation gegründet, die jetzt zuständig ist für die Umstrukturierung. In den heutigen Plänen für Delfzijl wird der Terminus "schrumpfende Stadt" vermieden. Man spricht vor allem über unattraktive Wohnungen, die leer stehen. In den Plänen ist der Abriss dieser

Wohnungen vorgesehen. Auch werden neue Wohnungen gebaut, und es wird versucht "Wohnen am Meer" möglich zu machen. Darüber hinaus werden neue Geschäfte in der Innenstadt realisiert (RIGO, 2003).

Problemdefinition: Leerstand oder Schrumpfung?

Das Wort "Schrumpfung" ist in Delfzijl also tabu. Damit ist man in Delfzijl nicht allein. Ins Internet findet man mit Google nur eine einzige niederländische Seite über schrumpfende Städte: einen Zeitungsartikel aus der "Volkskrant" über die ostdeutsche Stadt Wittenberge und eine Zusammenfassung einer Exkursion niederländischen Architekten und Städtebauer nach Ost-Europa. Nirgendwo auf diese Seiten wird darauf hingewiesen, dass schrumpfende Städte auch in den Niederlanden gefunden werden können. Selbst in der Zusammenfassung der Bevölkerungs- und Wohnungsprognosen des unabhängigen *Ruimtelijk Planbureau (RPB)* wird das Problem nicht genannt.

Wenn man sich die Entwicklungen und Prognosen aber genauer anschaut, sieht man, dass es auch in den Niederlande Schrumpfungprozessen gibt, und dass viele Städte noch (weiter) schrumpfen werden. Delfzijl schrumpft schon seit 1982 strukturell und auch in Süd-Limburg und Haarlem gehen die Bevölkerungszahlen kontinuierlich zurück (CBS, 2004). Und das sind nur Beispiele. Das Problem der schrumpfenden Städte ist also auch schon sichtbar in den Niederlanden. Trotzdem wird das Problem nie beim Namen genannt. Bei der Problemdefinition heißt es nicht: "die Stadt schrumpft", sondern: "unattraktive Wohnungen stehen leer". Bei solchen euphemistischen Problemdefinitionen ist es nicht erstaunlich, dass nur symptombezogene Lösungen gesucht werden wie das Bauen von attraktiveren Wohnungen, und kaum über die eigentlichen Ursachen des Problems nachgedacht wird. Mit etwas mehr Weitblick müsste man anerkennen, dass das Problem kein allein Wohnungswirtschaftliches ist, sondern auch ein demographisches. Leere Wohnungen sind nur das sichtbare Resultat der Folgen eines tiefergreifenden demographischen Wandels. Man sollte sich deshalb nicht auf die Folgen des Problems beschränken, sondern auch die Ursachen (vgl.

Breitfuss, 2003) des demographischen Wandels berücksichtigen.

Lernen von Deutschland

In Ostdeutschland sind schon seit der Wende viele Städte stark und sichtbar geschrumpft. Aber auch hier wird das Problem erst seit 2000 politisch und wissenschaftlich benannt und anerkannt (Hannemann, 2003). Das Wort "Schrumpfung" ist aber noch immer negativ belastet und wird nicht gerne benutzt, um Schrumpfungprobleme anzudeuten. Das späte Anerkennen des Problems in Ostdeutschland hat dafür gesorgt, dass erst jetzt Maßnahmen gegen die Schrumpfung in Angriff genommen werden. Positiv ist aber, dass man, die ostdeutsche Situation beachtend, jetzt auch in Westdeutschland das Problem der Schrumpfung ins Kalkül zieht. In den Niederlanden ist man offenbar noch nicht so weit, obwohl die Schrumpfung offensichtlich auch ein niederländisches Problem ist und wird.

Um den Schrumpfungproblemen begegnen zu können, muss man das Problem zuerst anerkennen. In Westdeutschland ist das gelungen, weil da die ostdeutsche Situation schon länger bekannt ist und auf die westdeutsche Situation projiziert wird. Nur einige niederländische Forscher haben sich mit Schrumpfungstendenzen in Ostdeutschland beschäftigt, und nirgendwo wird versucht herauszufinden ob die Schrumpfung auch in den Niederlanden ein Problem werden könnte. Da die Niederlande offensichtlich besser mit Westdeutschland zu vergleichen sind, kann man auch am besten von der westdeutschen Situation lernen. Zu beachten dabei ist das Stadtumbauprogramm "Stadtumbau West". Hiermit wird versucht "Hinweise für die Weiterentwicklung des städtebaulichen Instrumentariums zu liefern" mit den zukünftigen Problemen der Schrumpfung besser begegnet werden können (BMVBW, 2004).

Wo die westdeutschen Städte oft noch mit neuen Herangehensweisen Experimentieren, werden die ostdeutschen Städte im Rahmen des Stadtumbauprogramms "Stadtumbau Ost" schon massiv "umgebaut". In einigen Jahren werden ohne Zweifel die ersten Evaluationen vorlie-

gen. Auf die Lektüre dieser Stadtumbau Ost Evaluationen sollte man auch in den Niederlanden nicht verzichten. Beim Vergleich sollte man auch die Unterschiede zwischen den Niederlanden und Ost- und Westdeutschland berücksichtigen. Neben den schon erwähnten inhaltlichen Unterschieden gibt es auch Unterschiede in Planungskultur und politischer und planerischer Geschichte. Was man also auf jeden Fall von Deutschland lernen sollte, ist, dass es auch in den Niederlanden schon jetzt Experimente wie beim Stadtumbau West geben sollte. In Delfzijl und in Süd-Limburg konnte man herausfinden, wie man die Schrumpfung in den Niederlanden am besten begegnet.

Wetterleuchten im Paradies

Das RPB erwartet nach 2010 eine Stagnation des Bevölkerungswachstums in den Niederlanden. Für viele Gemeinden bedeutet das mehr als Stagnation. Für Delft wird bis 2010 zum Beispiel ein Rückgang der Bevölkerung um 5% erwartet (RPB, 2003). Auch Delfzijl und Haarlem werden weiter schrumpfen.

Die raumplanerische Diskussion in den Niederlanden kümmert sich im Moment aber vor allem um die Bau vieler neuer Wohnungen aufgrund der Verkleinerung der Haushalte, das Bauen von Wohnungen für Ältere und die Umstrukturierung unattraktiver Bezirke in die Großstädte. Das sind zwar wichtige Betätigungsfelder, aber sie sollten das Problem der Schrumpfung nicht in den Hintergrund drängen.

Gert de Roo (2002) hat den Niederlande einmal ein "Paradies für Raumplaner" genannt. Die niederländische Raum- und Stadtplanung ist bekannt, und viele Länder versuchen etwas davon zu lernen. Die Gefahr des Paradieses besteht aber darin, dass man sich nicht mehr für die Welt "da draußen" interessiert. Umgehen mit Schrumpfung ist aber auch für die niederländischen Planer etwas Neues. Um das Problem der Schrumpfung begegnen zu können sollten die niederländischen Planer über die Grenzen des Paradieses hinausschauen.

Das wetterleuchten ist bereits sichtbar. Bis jetzt bleiben die niederländi-

schen Planer, auch wenn sich das Unwetter dem Paradies bereits bedrohlich nähert, ruhig mit einem Cocktail in die Sonne sitzen. Würde man die Wettervorhersage aber ernst nehmen, müsste man eigentlich schnell an die Arbeit gehen. Es gibt für Raum- und Stadtplaner noch viel zu tun in den Niederlanden.

Literatur:

Benke, Carsten (2004). Historische Umbrüche – Schrumpfungen und städtische Krisen in Mitteleuropa seit dem Mittelalter. In: Städte im Umbruch. Nr. 1, 2004. Besucht am 1. Juli 2004 <www.schrumpfendestadt.de>.

BMVBW (2004). Stadtumbau West. Besucht am 28. Juni 2004 <<http://www.stadtumbauwest.de>>.

Breitfuss, Andrea (2003). Vorlesungsfolien Einführung in die Soziologie und Demographie. Institut der Soziologie für Raumplanung und Architektur, Technische Universität Wien. Besucht am 22. Juli 2004 <<http://isra.tuwien.ac.at/lehre/LVA/Soziologie%20f%20Rpl/2%20Demograf%20Prozesse%20und%20Strukturen.pdf>>.

CBS (2004). Statline. Centraal Bureau voor de Statistiek. Besucht am 12. Juli 2004 <<http://statline.cbs.nl>>.

Hannemann, Christine (2003). Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum: Was verursacht schrumpfende Städte in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bd. 29-30, 7. Juli 2003, S. 16-24. Besucht am 1. Juli 2004 <www.shrinkingcities.com>.

RIGO (2003). Particulier opdrachtgeverschap en stedelijke vernieuwing: Voorbeeldplannen en –projecten. Amsterdam, November 2003.

RIVM (2004). Demografie: Bevolkingsgroei per COROP-Regio 1993-2003. Besucht am 27. Juli 2004 <http://www.rivm.nl/vtv/data/atlas/demo_bevs_a032.htm>.

Roo, Gert de (2002). De Nederlandse Planologie: In weelde gevangen. Fakultät der räumlichen Wissenschaften, Universität Groningen.

RPB (2003). Primos Prognose 2003. Besucht am 16. Juli 2004 <<http://www.ruimtelijkplanbureau.nl/kennisportal/default.aspx?id=2>>.

Schädlich, Michael (2004). Stadtumbau Halle – Stand und Perspektiven. ISW Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH, Halle. Besucht am 12. Juli 2004 <http://www.elektrogemeinschaft-halle.de/Dokumente/Halle_End_270104.pdf>.

Olaf Schnur

Stadtumbau in der Slow Motion Zone - zur Eröffnung der Ausstellung „Warten auf...“

Gekürzte Fassung des Vortrags vom 3.12.2004

Wissenschaftler und Künstler teilen oft eine gemeinsame Neugier, besonders oft in der nervösen und schnellen Welt der Großstadt: Hier werden beide zu staunenden und nach Erkenntnis ringenden Stadtwanderern. Bei Tina Hilbert und Anja Barth kommen diese Identitäten – biographisch verortet zwischen Geographie und Kunst - zusammen und das spürt man bei ihren Arbeiten.

Und es ist wieder einmal so, wie es so oft passiert: Dort, wo es schwierig wird und die Verhältnisse komplexer Natur sind, entsteht künstlerische Kreativität. So ist es auch hier. Der Ort, an dem wir uns befinden, ist emotional verwirrend. Es ist ein uneindeutiger Ort. Ein Ort, an dem die Stadt schrumpft, aber gleichzeitig Neues entsteht. Ein Ort, der seinem Ende entgegen blickt, aber auch der Ort eines Neuanfangs.

Diese Ausstellung kann einen wichtigen Beitrag zu einem solchen Neuanfang leisten, denn sie beschäftigt sich mit dem Prozess des Übergehens von Altem zu Neuem, einem in der Tat selten beachteten, aber sehr beachtenswertem Phänomen.

„Warten auf...“

Das ist das Leitthema. Es geht um die neue Leere, verursacht dadurch, dass sich unsere Gesellschaft in einem schleichenden, aber massiven Umbruch befindet.

Wir werden immer älter, wir werden immer weniger und viele von uns haben die Freiheit, sich immer öfter neue Wohn-Orte zu suchen, an denen sie sich vermeintlich wohler fühlen.

Demographischer Wandel ist der Schlüsselbegriff der Expertinnen und Experten.

Ich zitiere Elisabeth Niejahr aus der ZEIT von 2003:

„Deutschland schrumpft und altert leise. Mit dem demografischen Wandel verhält es sich wie mit einem Kind. Seine Familie sieht es wachsen, aber das geschieht langsam und beständig, sodass es nicht auffällt. Es sind Außenstehende, Besucher, die sagen: "Mein Gott, ist der aber groß geworden!" Wer den Wandel täglich erlebt, hält ihn für selbstverständlich. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass die Deutschen so merkwürdig desinteressiert sind an dem Prozess, der das Land in den kommenden Jahren radikal verändern wird.“

Desinteresse gibt es aber nur noch an Orten, die vermeintlich nicht betroffen sind. An den anderen Orten, die bei den Menschen in Ungnade fallen, die den Menschen ungemütlich oder unheimlich vorkommen, entsteht eine neuartige Leere und allein durch den empfundenen Problemdruck steigt die Aufmerksamkeit.

Diese Orte werden verlassen, sterben langsam aus, manchmal werden die Menschen auch von den Orten vertrieben (mehr oder weniger subtil). Trotzdem bleibt stets etwas zurück und auch, wenn alles Äußerliche bleibt, wie es ist, entsteht etwas anderes, weil die Menschen eben gegangen sind. Es geht also um die Hüllen, um Räume, die in dieser Leere und Verlassenheit entstehen, aber schließlich auch ganz verschwinden. Der Umgang mit der Twilight Zone zwischen Auszug und Abriss steht im Mittelpunkt der Betrachtung. Ein mystisches Areal, in dem die Uhren anders zu ticken scheinen (in der Installation der „Loop“ genannt). Eine Zone der Zeitlupe. Eine SlowMotion Zone.

Wie gehen wir mit dieser temporären Dissonanz um?

In welchem Licht betrachten wir den aus den zeitlichen Fugen geratene Raum?

Warten wir verzweifelt (und worauf)?

Verharren wir gebannt (vielleicht aus Angst)?

Versuchen wir das vermeintlich Unerträgliche mit Ignoranz zu bewältigen?

Oder gehen wir offen und kreativ auf die Realität zu? Versuchen wir, wie es so schön heißt, in der Krise eine Chance zu sehen?

Marzahn

Marzahn ist geradezu prädestiniert für das Projekt. Marzahn altert. Junge ziehen weg, Ältere bleiben. Die Plattenbauten haben bei vielen Leuten keinen guten Ruf. Marzahn erst recht nicht. Marzahn ist ein Synonym für die „Platte“. Und Marzahn schrumpft.

Seit einiger Zeit sogar sichtbar, denn das Programm Stadtumbau Ost der Bundesregierung hat die Bagger und Abrissbirnen nach Marzahn gelockt. Natürlich auch die Presse. Viele Geschichten und Missverständnisse gab es. Jubeln und Wehklagen.

An vorderster Front sind es die Menschen hier in Marzahn, die sich fragen und erklären lassen mussten, was hier passieren würde. Was die Zukunft bringen würde in Marzahn, angesichts des Abbruchs und des Einreißens altbekannter Plätze, Orte, Häuser und Wohnungen. Sie, die Menschen vor Ort sind es, die auch anderen erklären müssen, warum sie eigentlich hier wohnen. Marzahn ist ein Wohnort, den man erklären muss. Anders als vielleicht Köpenick, Pankow oder Steglitz.

Charakteristika der Wohnungsbauserie 70 (WBS 70)

Aus dem WBS 70-Katalog:

Bauliche Hauptmerkmale:

Plattenbauweise in der Laststufe 6,3 t (63 kN)

Durchgängiges, einheitliches Modularsystem

Grundmodul: $M = 100 \text{ mm}$

Großrastermaß: $12 M = 1,20 \text{ m}$, Abstände der Systemlinien $n \times 1,20 \text{ m}$

Grundraster: $6,00 \text{ m} \times 6,00 \text{ m}$

Funktionelle Hauptmerkmale:

Minimierung der Verkehrsflächen in Gebäude und Wohnung zugunsten der Wohnfläche

Variierbarkeit der Wohnungsgrößen und Belegungsdichte durch unterschiedliches Zusammensetzen der Funktionseinheiten

Anpassung der Zahl der Geschosse und der Gliederung der Grundrisse an die funktionellen und städtebaulichen Forderungen durch vertikale und horizontale Kombination der Funktionseinheiten.

Zurzeit entstehen hier im Gebiet die Ahrensfelder Terrassen. Moderne, sanierte Wohnungen, postmodern abwechslungsreich und bunt, auf Plattenbasis. Ein postfordistisch-kapitalistischer Gegenentwurf zur standardisierten sozialistischen Platte.

Doch was bleibt vom alten Ort?

Was wird den neuen Ort ausmachen?

Wer wird hier wohnen?

Welche Lebensstile werden Einzug halten?

Was wird bleiben, von früher?

Wartende Häuser

Ganze Häuser stehen hier und warten. Sie warten offensichtlich auf Ihren Abbau, Rückbau, auf Ihren Abriss. Sie werden dafür vorbereitet wie ein Patient auf die schwere OP. Sie werden präpariert und dann beginnt es, das Warten. Das Warten auf den Eingriff, nach dem möglicher Weise nichts mehr ist wie es einmal war. Wer weiß das schon? Wer hat eine solche Vorstellungskraft? Das Warten geht weiter, bis sich die Orte, die neuen Häuser oder die abgeräumten Flächen wieder mit Leben füllen, bis wieder Menschen kommen und sich den Raum aneignen.

Doch wie wird das aussehen?

Wird es wieder so werden, wie es einmal war (natürlich nicht, werden viele sagen, und trotzdem werden sich viele fast sehnsüchtig diese Fra-

ge stellen)?

Aber auch die folgende Frage sei gestattet: Wird vielleicht vieles viel besser als es früher war?

Entsteht etwas Neues, etwas Schönes? Und damit meine ich nicht nur schöne Häuser.

Identitäten von Häusern

Häuser warten nicht (zumindest nicht im herkömmlichen Sinn).

Häuser denken nicht,

Häuser fühlen nicht,

Häuser sind bloße Materie.

Aber nicht nur. Das ist hier das Thema.

Häuser beinhalten Räume (private Räume, halböffentliche Räume), Häuser formen Räume (öffentliche Räume, umrahmen Plätze, an denen man sich trifft oder man sich orientiert), Häuser sind in den Mental Maps der Nachbarn und mehr noch der Ex-Bewohner – mit Inhalten aufgeladen: Mit Erlebnissen, ganzen Biographien, mit Leben und Sterben, mit Glück und Leid, nicht zuletzt – hier in Marzahn - mit ganz spezifischen Wende- und Nachwende-Erlebnissen.

Häuser sind nicht nur Baukonstruktionen oder intelligent zusammengesetzte Platten – sie sind individuelle Orte und sozial konstruierte Räume. Und die Häuser wurden unterschiedlich gelebt und wahrgenommen. In ihrer spezifischen Mixtur aus Einzelbiographien und deren Deutungen kann man den Häusern sogar unterschiedliche Identitäten zusprechen. Die Vielfalt an Spuren, Schrammen, Gerüchen, Tapetenresten, Aufklebern, alten Teppichen, Klingelschildern usw. spiegeln zudem ein Konglomerat unterschiedlichster Lebensstile wider.

Wenn einer in der 85 wohnte, war dies etwas anderes als aus der 75 zu stammen.

Prozess der Schrumpfung

Noch einmal ein Zitat aus der Zeit:

"Was der demographische Wandel für Deutschland bedeutet, lässt sich mit einem Radiergummi vorführen. Man stelle sich vor, auf einer Deutschlandkarte würde ein Ort nach dem anderen ausradiert: erst Lübeck, dann Magdeburg, schließlich Erfurt und Kassel. Ungefähr 200000 Einwohner müssten die Städte haben, denn so stark schrumpft nach Prognosen der Vereinten Nationen pro Jahr die Bevölkerung Deutschlands. Am Ende der kleinen Vorführung wäre das Jahr 2050 erreicht. Die Landkarte hätte 47 blanke Stellen. Wo Städte eingezeichnet waren, sind jetzt nur noch weiße Flecken übrig."

Die Zahlen sind kein Scherz oder eine grobe Pinselei, sondern gehen auf fundierte und überprüfbare Berechnungen zurück. Natürlich wird die Alterung nicht ganze Mittel- oder Großstädte ausradiieren, aber deren Einwohneräquivalent. Natürlich wird es auch Zuwanderung geben (nicht genug, sagen die Experten). Wie auch immer: Wir sehen an diesem anschaulichen Beispiel, mit welchen Dimensionen wir es in Zukunft zu tun haben werden.

Deshalb ist das, worüber wir hier nachdenken, und was wir uns hier im Rahmen des Kunstprojekts bewusst machen, nicht nur ein lokales Phänomen von Marzahn oder gar ein Phänomen der „Platte“. Was wir hier sehen, ist nur die Avantgarde. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir haben es hier mit einer der großen planerischen Zukunftsaufgaben zu tun und müssen geeignete Wege finden, mit diesen Realitäten abseits des Wachstums umzugehen, ja, sie uns zunächst einmal richtig bewusst zu machen. Gleichzeitig müssen wir uns klar machen, dass die Lösungen in der Regel lokal verankert sein müssen. Kein Stadtteil gleicht dem anderen, ebenso wenig wie ein Mensch dem anderen gleicht.

Ein ganz wesentlicher Vorteil dieser Ausstellung ist es meines Erachtens, dass sie nicht in einem großen Kontext verschwindet (ich denke da an die thematisch verwandte, gerade nach großem Erfolg ausgelaufene „Shrinking Cities“-Ausstellung in den KunstWerken). Vielmehr be-

findet sich diese Ausstellung am Ort des Geschehens, sie ist mittendrin sozusagen und wird selbst bzw. ihr angeeigneter Raum möglicher Weise schon bald der Abrissbirne zum Opfer fallen. Die Installation von Tina Hilbert und Anja Barth wird so ein Teil der Stadtteilgeschichte werden. Eine Zwischenidentität für das Haus.

Etwas von ihr wird damit auch bestehen bleiben: Die Idee, Schrumpfung, Abbau und Umbau kreativ und positiv anzugehen, das Alte und Vergehende nicht zu negieren und gleichzeitig das Neue zu fordern und zu fördern. Ein solcher Umgang mit Schrumpfungprozessen scheint mir der einzig gangbare Weg zu sein.

Schrumpfung muss nicht negativ sein. Schrumpfung muss keine Ängste auslösen. Schrumpfung muss als Phänomen aber für die betroffenen Menschen zugänglich, kommunizierbar und gestaltbar bleiben!

Insofern ließe sich daraus ein flammendes Plädoyer für eine zivilgesellschaftlich und partizipativ auszugestaltende Planungspolitik ableiten.

Tina Hilbert und Anja Barth

„Warten auf ...“ - ein Projekt zum Thema „Schrumpfende Städte“ (Exponate und Bilder der Ausstellung vom 3. bis 11. Dezember 2004)

**Stadtumbau nachrichten - Schwerpunkt 1:
“WARTEN AUF...”**

eine Installation zum Stadtumbau in Marzahn Nord-West, über entstehende Räume in der Leere, Versuch eines Auswegs aus dem Warten

**ERÖFFNUNG AM
3. 12. 2004, 20 Uhr - Feiern in der WBS 70**

Ausstellung vom 3.-11. Dezember 2004
geöffnet täglich 13 - 19 Uhr
Ort: Wittenbergstrasse 85, 5 Ahrenfeld

Mittwoch 8.12.04 Kinderworkshop –
„So stelle ich mir Marzahn in Zukunft vor“
Samstag 11.12.04 Diskussionsrunde –
„Geschrumpft! Und weiter?“

wartenauf@gmx.net, www.inf.tu-dresden.de/~ab132021/wartenauf.html



DURCH VERSTÄRKTEN ABBAU ZU FRIEDEN UND WOHLSTAND

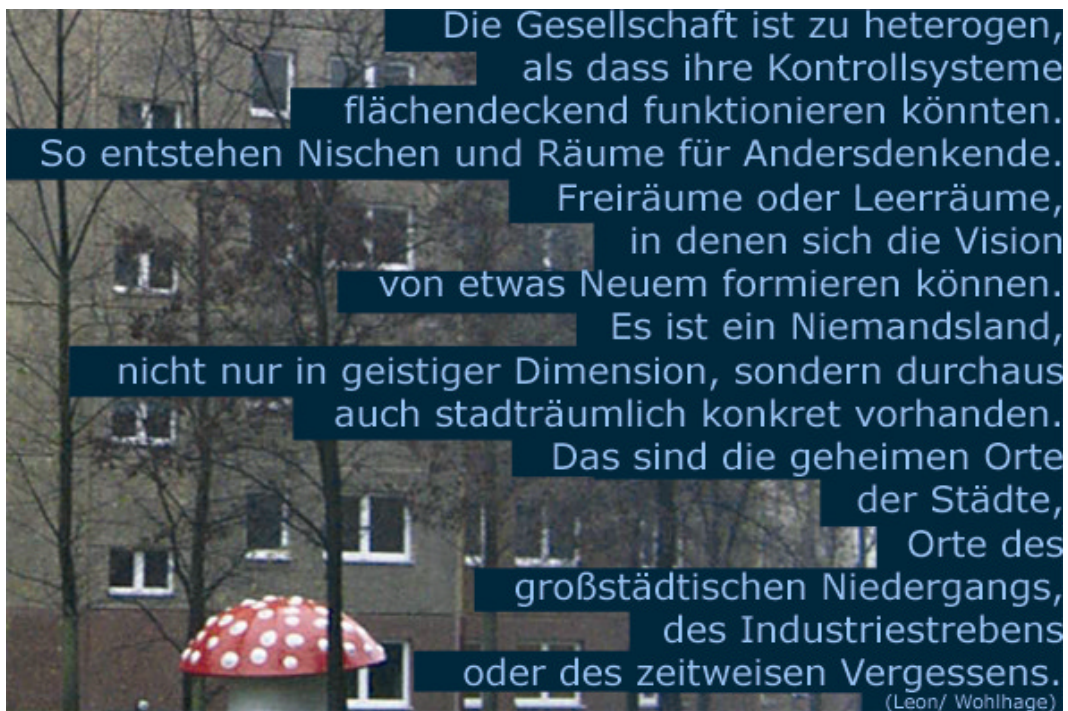
Das Copyright für die nachfolgenden Bilder und Arbeiten liegt bei Anja Barth und Tina Hilbert. Die Arbeiten sind durchweg farbig und in der Printversion des Arbeitsberichts aufgrund beschränkter technischer Möglichkeiten leider nur unzureichend abgebildet. Die PDF-Version, die von den Webseiten des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität kostenlos heruntergeladen werden kann, enthält die Abbildungen in den Originalfarben. Der Kontakt zu den Künstlerinnen kann über den Herausgeber hergestellt werden oder per eMail an: tinafrika@web.de.

Und diese einförmigen Straßen wuchsen und wuchsen und dehnten sich schon schnurgerade bis zum Horizont – eine Wüste der Ordnung! (Michael Ende)



Die ganze **Kundschaft** ist **weg!**

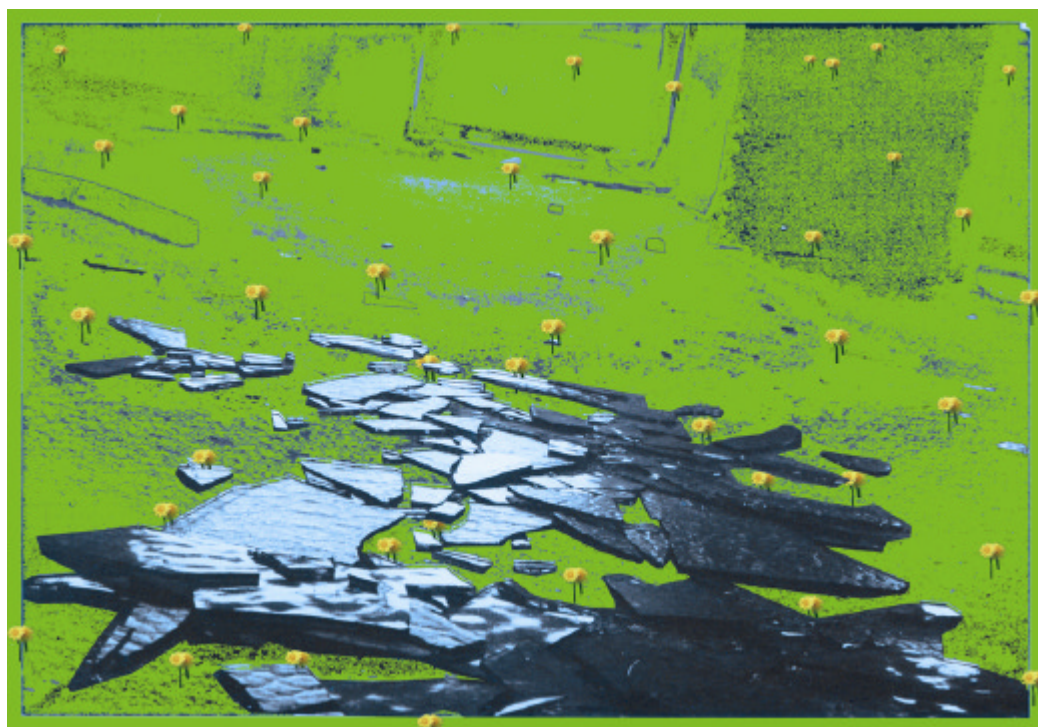


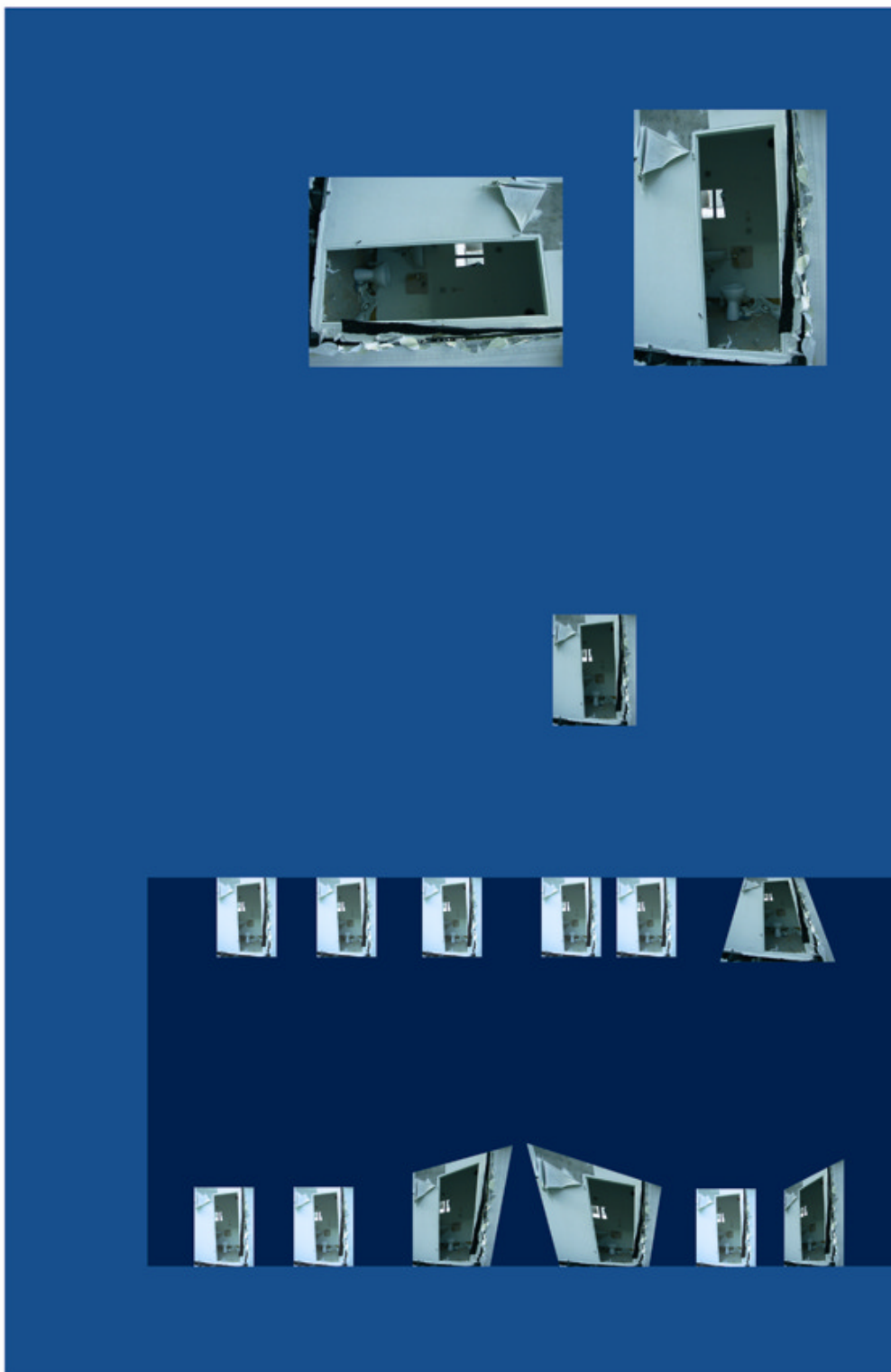




Man sparte sich die Mühe, die Häuser so zu bauen, dass sie zu den Menschen passten, die in ihnen wohnten; denn dann hätte man ja lauter verschiedene Häuser bauen müssen. Es war viel billiger und vor allem zeitsparender, die Häuser alle gleich zu bauen. (Michael Ende)









Eindrücke von der Ausstellung



















Ein Text, den wir in einer Installation gelesen haben

Stillstand und Leere oder
von wartenden Häusern...

Häuser in einer Gegend, die uns schon manchmal an Wüstungen erinnern. Wie leere Gegenden erscheinen. Bilder davon findet man überall und auch die Vergleiche mit Leere, Wüste, Stille, Endzeitstimmung.

Keine Bewegung.

Und doch kommt Bewegung. In diese Leere kommt plötzlich Bewegung. Durch Bewegung wird eine neue Situation geschaffen, die der vorangegangenen gleicht und völlig anders ist. Die Leere erschafft neue Leere. Man erkennt diese neue Leere nicht sofort.

Sieh hin! Sieh doch noch mal genauer hin!

Häuser, die in einer bestimmten Epoche, unter bestimmten politischen Bedingungen, unter bestimmten Vorstellungen von Zweckmäßigkeit und Funktionalität gebaut wurden, sind heute in einer völlig veränderten Situation wieder zu finden.

Sehen wir uns die Situation doch mal genauer an. Häuser, die keinen Zweck mehr haben. Mehr Raum einnehmen und zur Verfügung stellen, als man braucht. Was soll mit diesen Häusern, diesen Räumen passieren?

Stadtrückbau erscheint da manchen als Retter. Als Lösung vieler Probleme: räumlicher, gesellschaftlicher und nicht zuletzt ästhetischer und städtebaulicher Probleme. Räume werden zerstört, um neue Räume zu schaffen.

Ein Haus. Ein Raum des Übergangs. Ein Ort der Spannung zwischen Aufhebung der menschlichen Gegenwart und ihrem möglichen Wiedererscheinen. Zwischen dem Gehen und dem möglichen Kommen

Ein Haus. Ein wartendes Haus. Ein verschwindendes Haus, dass in neuer Form wiederauferstehen wird. Doch es gibt eben diese Zeit des Übergangs. Des Wartens. Es gibt uns die Möglichkeit Erfahrungen zu machen, die mit bewohnten Häusern nicht möglich sind: die Leere und das Warten. Leere nicht in dem Sinne, dass es gar keine Spuren der ehemaligen Bewohner mehr trägt. Leere eher verstanden als Stillstand, als Bewegungslosigkeit. Es verändert sich nichts mehr und für einen Augenblick gibt es weder Zukunft noch Vergangenheit, vielleicht auch gar keine Gegenwart.

Und dann ist die Gegenwart wieder da. Der Raum ist präsent und offenbart durch kleine Hinweise seine Vergangenheit. Und erste Vorboten der Zukunft sind zu entdecken. Genau dieser Übergang prägt das Warten. Die Situation des Wartens: den Nullzustand. Nichts passiert. Die Zeit vergeht, aber für das Haus ist heute wie gestern. Und gestern wird wie morgen sein.

In diesem Zustand treffen wir auf das Haus. Es wartet. Es wartet auf ein diffuses Ziel irgendwo in einer unbekanntem Zukunft.

Seiner Vergangenheit beraubt. Keine Zukunft habend und die Gegenwart ein hoffnungslose Warten. Ein Warten, dass neben der Realität des begonnenen Wandels steht. Ein Warten so identitäts- und gesichtslos wie das Haus.

Schon beim Eintreten legt sich eine bleierne Stille über alles. Das Leben, die Welt ist außerhalb. Hier ist der Nullzustand. Hoffnungslos. Bereits beim Eintreten weiß man, dass beim Herauskommen alles so bleibt wie es ist. Bleibt es so?

Was wenn man das Warten durchbricht? Eben dieses Warten nutzt?

Sieh noch mal genau hin!

HAUSFRIEDENSBRUCH!!!! Ja genau. Raus aus dem Frieden! Aus der Gleichförmigkeit der Tage. Nutzen wir Räume, die sich uns so unverhofft und so plötzlich öffnen: Den Raum des Hauses und den Raum des Wartens. Brechen wir doch einfach die Linearität der Zeit auf!!! Schaffen wir eine neue Raum-Zeit oder auch einen Zeit-Raum!

ARBEITSBERICHTE
Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin
ISSN 0947-0360

- Heft 102 L. **Ellenberg** (Hrsg.): Die Oder. Ergebnisse eines Oberseminars. Berlin 2004
- Heft 103 T. **Becker**: Nutzungskonflikte auf Binnenwasserstraßen. Landschafts-ökologische und sozialgeographische Aspekte einer Fahrrinne auf dem Gr. Müggelsee (Berlin). Berlin 2005
- Heft 104 T. **Luley** und C. **Nobis** (Hrsg.): Mobilitätsforschung: Fragestellungen und empirische Analysen von Mobilitätsdaten. Ergebnisse eines Projektseminars zum Mobilitätsverhalten der Berliner Bevölkerung. Berlin 2005
- Heft 105 A. **Hoorn**: Die deutsch-polnische Grenze: Grenz(er)leben und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen in Guben – Gubin.
- A. **Nieszery**: Projekt solidarische Stadt. Das französische Gesetz der städtischen Solidarität und Erneuerung als Strategie gegen die sozialräumliche Spaltung der Stadt.
Berlin 2005
- Heft 106 S. **Kinder** und E. **Kulke** (Hrsg.): Südostasien. Bericht zur wirtschaftsgeographischen Hauptexkursion 2004. Berlin 2005
- Heft 107 K. **Rehak**: Morphometrische Analyse eines aktiven Kontinentalrandes – Cordillera de Nahuelbuta (Chile) -. Berlin 2005
- Heft 108 H. **Schröder**, W. **Raschke** & C. **Kliche** (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern. Bericht zur Exkursion 2004. Berlin 2005
- Heft 109 U. **Eidam** & J. **Böhner** (Hrsg.): Relief, Klima, Landschaft: Methoden der Generierung, Darstellung und Vermittlung komplexer Zusammenhänge im Hochgebirge. Berlin 2005
- Heft 110 T. **Bürk-Matsunami** u.a. (Hrsg.): Sozialgeografien des Reichtums in Berlin. Ergebnisse eines Projektseminars. Berlin 2005
- Heft 111 R. **Kleßen** (Hrsg.): Klimadiagramme – Möglichkeiten und Grenzen. Ergebnisse eines Seminars im Grundstudium Geographie. Berlin 2005
- Heft 112 F.-J. **Kemper** (Hrsg.): Demographischer Wandel und Wohnquartiere in Berlin. Ergebnisse eines Projektseminars. Berlin 2005
- Heft 113 K. **Ecke** & A. **Schiefenhövel** (Hrsg.): Einzelhandelsanalyse Neuenhagen bei Berlin 2004. Strukturen und Perspektiven. Eine Studie für die Gemeinde Neuenhagen bei Berlin. Berlin 2005
- Heft 114 L. **Ellenberg** & N. **Hörrmann** (Hrsg.): Die Spree. Ergebnisse eines Oberseminars. Berlin 2005
- Heft 115 O. **Schnur** (Hrsg.): The Incredible Shrinking City: Stadtgeographie im Kontext des demographischen Wandels. Seminarergebnisse. Berlin 2006